Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voh-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Abgetragen in der Post, Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Emil L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 27. August 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Palästina-Reise des Kaisers

Hat zumal in der ausländischen Presse schon viel Staub aufgewirbelt, sowohl aus staatlich-politischen als aus religiösen Gründen. In ersterer Beziehung ist besonders der Verdacht ausgesprochen worden, es handle sich um eine Stärkung des deutschen Einflusses im Orient, eventuell sogar um Gewinnung deutscher Kolonien. Man wolle zunächst eine starke deutsche Auswanderung nach der Levante leiten und später dort einige Gebiete „annektieren“.

Aus religiösen Gründen hat man sich vor allem in katholischen, aber auch in russisch-orthodoxen Kreisen mißtrauisch gezeigt. Französische wie russische Blätter deuteten an, es handle sich um eine Stärkung des Protestantismus im heiligen Lande auf Kosten der katholischen und russisch-orthodoxen Kirche. Aber nicht nur an der Seine und Rewa wurden solche Befürchtungen laut: selbst in Wien stieß man in dasselbe Horn. So meinte die österreichisch-offizielle „Reichswehr“, durch gewisse Keufertlichkeiten erhalte die Reise den Charakter eines modernen Kreuzzuges. Weshalb umgebe der Kaiser sich sonst mit den Epigen des protestantischen Alerus, und habe er auch die protestantischen Kirchenwürdenträger Oesterreichs zur Theilnahme aufgefordert. Sollte denn Jerusalem nochmals von den Ungläubigen befreit werden? Die geheiligten Stätten seien heute nicht mehr in Sarazenen-Händen, sie seien mit Christenblut erobert worden, mit dem Blute von Katholiken. Der Papst habe seither das kirchliche Patronat über Jerusalem, und der französische Episkopat stehe ihm zur Seite. Das weltliche Protektorat werde nicht mehr ausgeübt. Aber der Kaiser von Oesterreich sei König von Jerusalem und als solcher natürlicher Schutzherr der Gläubigen im heiligen Lande. Ohne Zweifel erkenne Kaiser Wilhelm die Unumschließlichkeit dieser Thatfachen an und denke nicht daran, den Katholizismus im heiligen Lande durch den Protestantismus ablösen zu lassen; ihn verleite nur eine schwärmerisch-romantische Inspiration dazu, die protestantischen Oberhirten zur Pilgerfahrt einzuladen. Die Gefühle des deutschen Kaisers für den Kaiser Franz Joseph seien bekannt und gewisse Erwägungen von vornherein ausgeschlossen. Man müsse die Art, wie er zur Palästina-Fahrt rüste, aus seiner Individualität zu erklären trachten.

Solche Auslassungen gaben natürlich Wasser auf die Mühle unserer orthodox-evangelischen Zionswächter. Besonders der „Reichsbote“ des Pastors Engel fing den ihm hingedorfene Ball vergnügt auf und meinte mit dem ganzen Stolz eines in „hohen“ Kreisen geleseenen Blattes, es solle durch die Repräsentation der evangelischen Kirche Europa's den Orientalen, insbesondere den Mohammedanern, ein besserer Eindruck von der Christenheit gegeben werden, als es durch die in der heiligen Grabeskirche sich prägeln den katholischen und griechischen Mönche geschehe, wobei es allerdings verschwiege, daß die Einigkeit im Protestantismus auch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Zugleich sprach das Pastorenblatt die Hoffnung aus, an die Einweihung der evangelischen Kirche in Jerusalem, welche ja das Hauptziel der Reise bildet, werde sich ein großer Ausschwung des evangelischen Einflusses im Orient knüpfen, was bei dem seit Jahrhunderten stagnierenden Einflusse der anderen christlichen Konfessionen im Interesse des Christenthums und der Orientalen freudig zu begrüßen wäre.

Was uns betrifft, so sehen wir die Palästina-Reise mit kühler Ruhe an und glauben, daß sich weder die katholischen Befürchtungen, noch die protestantischen Hoffnungen in irgend einer Weise erfüllen werden. Man sage uns doch, was zur Stärkung des evangelischen Einflusses dort geschehen könnte? Der „Reichsbote“ mag uns nicht mit Redensarten kommen, sondern irgend etwas Positives anführen. Soll etwa ein Konsistorium oder ein Generalsuperintendent in Jerusalem eingesetzt werden? Und wenn es geschehe, welchen Erfolg hoffen die Orthodoxen davon? Die Mohammedaner und Juden am Strande des Todten Meeres werden sich schon nicht befehren und die Katholiken auch nicht. Selbst wenn man in Jerusalem ein Blatt nach der Art des „Reichsboten“ oder der „Kreuz-Ztg.“ begründete, so würde das schwerlich Erfolg haben.

Ebenso wenig ist zu erwarten, daß die Palästina-Reise zu „nationalpolitischen Ertrugenschaften“ im deutschen Interesse führen werde. Man könnte vielleicht von Herrn Abdul Hamid zu billigen Preisen einen Landstrich erstehen, aber wenn man ihn mit deutschen Bauern besiedelte, so machten sie vielleicht unseren Agrariern eine unangenehme Konkurrenz und führten trichinöses Schweinefleisch oder billigen Weizen ein. Aber das ist natürlich nur ein Scherz, denn auf den unfruchtbaren Flächen des alten Palästina würden deutsche Bauern nicht bestehen können. Von einer Kolonisierung Palästina's durch Deutsche kann gar keine Rede sein. Nach unserer Meinung kann in Palästina gar nichts gemacht werden, weder in „nationaler“, noch in „religiöser“ Beziehung. Der ganze Lärm ist durch die „Jüdischkeit“ der Presse angestiftet, welche es liebt, Neuen „höchster“ Personen stets eine ganz wunderbare, epochemachende Bedeutung zuzuschreiben und nach unendlich weitläufigen Plänen forscht, die gar nicht vorhanden sind — gemäß dem alten Spruche: „Legt ihr nicht aus, so legt was unter“.

Warum soll denn ein Monarch bei seinen Reisen stets so großartige politische Absichten im Schilde führen? Wer die Persönlichkeit des Kaisers studirt und den romantischen Grund-

zug seines Wesens herausgefunden hat, wird sich ebenso wenig über seinen Besuch in Jerusalem wundern, wie über sein Erscheinen im Vatikan. Das religiöse Element besitzt eine große Macht über ihn. Rom und Jerusalem werden ihn in gleicher Weise anziehen. Da ist Bethlehem, Nazareth — welche ein Gegenstand des Interesses für einen Fürsten, der schon als Prinz von Preußen in der Zusammenkunft bei dem Grafen Waldersee den Plänen der Herren hörte, welche die Sozialdemokratie mit der Waffe der Religion zu vernichten trachteten! Wir haben gar nichts gegen die Palästina-Reise und werden nicht leidenschaftlich dagegen ankämpfen. Uns ärgert — ganz offen gestanden! — nur eins dabei, nämlich daß Herr v. Miquel nicht mitgeht, weil der es so nötig hätte! Er ist der Protektor der frommsten Leute im Lande, der Landhändler, Junker und Feudalen; sie haben ihn alle leidenschaftlich gern, nur kränkt es sie tief, daß er so einseitig wird, wenn die Rede auf den Katholizismus, die Palmen, die großen und kleinen Propheten kommt. Eine ganze Anzahl von Bibelsprüchen — nur mit Schauern sprechen wir es aus! — soll der Herr Finanzminister theils wieder vergessen haben, theils unrichtig zitiren, ebenso wenig soll er im Stande sein, ein curriculum vitae des bei Herrn Stöcker mit recht so beliebten Königs-Hiskias zu entwerfen. Schauerbar, höchst schauerbar!

Wie kann ein solcher Mann Vizepräsident der Regierung eines „christlichen Staates“ und noch dazu unseres „monarchischen Preußen“ sein? Wir stimmen mit dem Dichter überein, wenn er sagt: „Dem Manne muß geholfen werden.“ Herr v. Miquel muß mit nach Palästina, erst dann können nationalgesinnte Deutsche dieses Ereignis mit den rechten gesinnungstüchtigen Empfindungen begleiten. Die Wasser des Jordan werden seinen religiösen Septizismus abwaschen, glaubenseifrig wird er zurückkehren, im Stadtmüßionshause wird er Reden halten und sich der böhmisch-lutherischen Gemeinde anschließen. Erst dann wird er der rechte Vertreter des monarchischen Prinzips im Sinne unserer Konservativen, ein Mann nach dem Herzen v. Mantuffel's, Limburg-Stürum's, Dr. Kropatschek's, und des kleinen Schäfers Diederich Hahn sein. Und sie werden dann sagen mit den ägyptischen Priestern: „Vad führt der edle Jüngling neues Leben — bald ist er unserem Dienste ganz ergeben.“ Der „Reichsbote“ aber sagt sicher dazu: Amen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. August.

Zum Petroleumfreit. Die Verträge der Standard Oil Company, oder vielmehr ihrer deutschen und holländischen Verbündeten und Filialen, mit den hinnenländischen Großhändlern unterzieht der Mannheimer Landgerichts-Direktor und nunmehrige Reichstags-Abgeordnete Zehnter einer juristischen Kritik, die von den Interessenten eifrig als Broschüre verbreitet wird, die wir jedoch als durchaus verfehlt zurückweisen möchten.

Ein Verdienst hat die Zehnter'sche Abhandlung nur insofern, als sie reinen Wein einschenkt über den Kleinbürgerlich-rückständigen Charakter der süddeutschen Monopolbetätigung, für die man so ausdrücklich auch um die Unterstützung der Arbeiter und der Arbeitervertreter wirft. Der Konsument spielt in dem ganzen Feldzuge eine durchaus nebensächliche Rolle; man muß sogar, wenn auch widerwillig, anerkennen, daß er bisher unter der Ausbreitung der Standard Oil Gesellschaft im allgemeinen sehr gut gefahren ist, man malt nur seine Zukunft möglichst düster, falls das Monopol seinen ehernen Ring erst vollständig geschlossen haben werde. Die Vorwürfe gegen die Standard Oil Company lauten vielmehr sammt und sonders auf einen hinaus: sie merzt ehemals selbstständige Zwischenunternehmer in der Absatz-Organisation aus, sie nimmt den „Großhändlern“ — das „Recht“ auf freie gewerbliche Thätigkeit der Persönlichkeit“, das heißt die freie Verwegung als unabhängige, weitende und wagende kapitalistische Einzel-Unternehmer.

Wäre das in unseren Augen überhaupt ein „moralischer“ Vorwurf, so würden wir ihn im vorliegenden Falle ohne weiteres als thatsächlich begründet anerkennen. In den vielbesprochenen Verträgen verpflichtet sich der Großhändler, seinen Bedarf ausschließlich von der einen Gesellschaft zu decken, sein Absatzprogramm wird genau vorgeschrieben, die Gesellschaft diktiert ihm die Verkaufspreise, er hat seine ganze Geschäftsführung offen zu legen, sogar die Bücher können ihm jederzeit kontrollirt werden. Das ist bitter für den selbstbewußten Kapitalisten, der so in eine Stellung herabgedrückt wird, in der er halb als Agent und Mäkler und halb nur noch als Kommiss eines übermächtigen größeren Handelshauses erscheint. Zudem, wenn Herr Zehnter das „als gegen die guten Sitten verstößend“ bezeichnet und daraus Schlüsse auf die rechtliche Ungültigkeit solcher Verträge zieht, so ist er sich offenbar gar nicht bewußt, was für ein vernichtendes Urtheil er über unsere ganze gesellschaftliche Entwicklung spricht. Denn diese läuft nun seit Jahrzehnten, und zwar mit immer größerer Beschleunigung, darauf hinaus, ehemals selbstständige Existenzen zu unselbstständigen Rädern und Rädchen in großen Produktions- und Absatzorganisationen zu machen: der Handwerksmeister wird

Fabrikarbeiter oder Werkführer, der Händler: Filialist oder Kommiss; kleinere Unternehmungen werden alle Tage von größeren verschluckt. Ist das unsittlich, dann ist unsere ganze Gesellschaftsordnung mit Haut und Haar dem Teufel verfallen. Ist das aber nicht unsittlich — und ein Landgerichts-Direktor muß doch, selbst in Mannheim, auf dem Boden der heutigen „Ordnung“ stehen! — dann kann auch ein Vertrag nicht juristisch verwerflich sein, der doch schließlich weiter nichts ist, wie die rechtzeitige, freiwillige Anpassung an eine Entwicklung, die sich sonst gegen den Willen und zu noch größerem Schaden der Beteiligten vollzieht. Schließen die Petroleum-Importgesellschaften mit den Großhändlern Verträge mehr ab, so werden sie eben durch Filialen, Agenten und Kommiss genau das erreichen, was sie erstreben; die widerstrebenden Großhändler werden dann jedoch ganz und gar das Zeitliche segnen. Dagegen hätte der Jurist dann nichts einzuwenden; die bestehenden „guten Sitten“ bleiben unangetastet. Schließen beide kämpfende Theile zur rechten Zeit durch einen Vertrag Frieden — allerdings auch auf Kosten des Zwischenunternehmers, aber doch auch unter Verhütung der völligen Vernichtung desselben — so geräth der Jurist, der nur die Formen und Formeln sieht, mit einem Male in Zorn und weist nach, daß die Verträge „als gegen die guten Sitten verstößend“ ungültig sind, weil sie das Prinzip der Selbstbestimmtheit verletzen.“ Mit solchen Spinnwebefäden will man dann gar einen Gegner wie das amerikanisch-deutsche Kiesenmonopol fesseln!

Wir müßten alle unsere Grundanschauungen verleugnen, wollten wir einen derartigen Kleinbürgerlich-reaktionären Kampf gegen das Fortschreiten des Kapitalismus unterstützen. Nicht rückwärts, sondern vorwärts liegt unser Ziel. Nicht in der Erhaltung der haltlosen kleinen selbständigen Zwischenexistenzen, sondern in der wirtschaftlichen Befreiung aller dem Kapital Unterworfenen.

Wir würden uns also freuen, die süddeutschen Händler auf unserer Seite zu sehen. Wir müssen es jedoch ablehnen, ihnen in ihrer von Quisiotischen Fehde Gefolgschaft zu leisten. Die Interessen der Arbeiter und Konsumenten weisen hier nach ganz anderer Richtung.

Den deutschen Arbeitsmarkt mit billigen ausländischen Arbeitern, die als Lohnbrüder jederzeit den deutschen Arbeitern bei Lohnbewegungen in den Rücken fallen, zu verwehren, ist das Ziel gewisser Arbeitgeberkreise. Wir haben kürzlich schon des Antrags der deutschen Leinenindustriellen Erwähnung gethan, dessen Verbot vom Minister des Innern begehrt, daß er entweder das Verbot der Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter in industriellen Betrieben für die Provinzen westlich der Elbe aufhebe oder den Fabrikanten der Textilindustrie und insbesondere den Spinnereien des Bestens die Beschäftigung fremder polnischer Arbeiter, vor allem weiblicher Arbeiter aus Galizien ohne zeitliche Beschränkung gestatte. Dieser Antrag wurde von dem Minister des Innern unter dem 19. Juli 1898 abgelehnt. Aber wie? Es ist jetzt der Wortlaut des ministeriellen Bescheides bekannt, und wichtig genug ist er, um die Regierung, deren einheitliche Solidarität ja aller Welt bekannt ist, daraufhin wieder einmal festzunageln. In dem Bescheide spricht der Minister den Grundfah aus, daß der deutsche Arbeitsmarkt durch ausländische Arbeitskräfte nicht verengt werden dürfe. „Eine derartige massenweise Einbürgerung freudartiger Volkselemente widerstrebt unseren volkswirtschaftlichen, nationalen und politischen Interessen und kann nicht in betracht gezogen werden.“ Würde dieser Grundfah auch durchgeführt, dann wäre die Gefahr, daß deutsche Fabrikanten der heimischen Arbeitskraft in Deutschland selbst verwerfliche Konkurrenz machen würden, weniger drohend. Aber man kann an den Ernst der Regierung, ihren volkswirtschaftlichen Grundfah durchzuführen, schon um deswillen nicht glauben, weil in dem nämlichen Bescheide der Herr Minister seiner Logik ein Schnippchen verlegt, indem er den eben erst aufgestellten Grundfah verleugnet. Denn der Bescheid fährt fort, die Lage der Textilindustrie weise auf die Nothwendigkeit hin, „in der Heranziehung solcher Arbeitskräfte aus dem Auslande Ersatz zu suchen, welche dem Staatsinteresse minder gefährlich sind. In dieser Beziehung wird besonders auf italienische Arbeiter aufmerksam gemacht, von denen vielfach größere Trupps zur Arbeitsleistung im Inlande herangezogen sind.“ Der Teufel wird durch Bescheide vertrieben, statt billiger Polen und Galizier sollen billige Italiener die hiesigen Löhne der deutschen Textilindustrie noch weiter herunterdrücken — zum Schutze der nationalen Produktion und zur Verelendung der deutschen Arbeitermassen. So verlangens die Fabrikanten und die Minister geben nach trotz ihren volkswirtschaftlichen Grundfahen!

Nachricht des Schachtelsturzes bei Essen — derselbe erfolgte auf Begehr von G. S. v. B., die der Bergwerks-Gesellschaft Victoria Matthias gehört — richtet die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ an die Bergbehörde folgenden bedeutsamen Artikel:

„Im Juli 1897 berichtete die Bergarbeiter-Zeitung“, auf Begehr von G. S. v. B. bei Essen sei der Schacht in Lebensgefahrlichem Zustand. In den Versammlungen erzählten die Bergleute, die Haare ständen ihnen zu Berge, wenn sie die Seilfahrt auf „Gustav“ benutzten, so wankte der Korb hin und her! Die Röhren (Weiteraufgang) seien nicht verschlagen, es sei lebensgefährlich, zu klettern.“

Was geschah? Sowie wir wissen, vorläufig gar nichts! Erst müßte ein höherer Staatsbeamter sich auf Umwegen ins Mittel legen, dann würde aber auch nur der Schacht von der 5. zur 6. Sohle verschlagen. Die „Höllensfahrt“ (so nannten es die Bergleute) am Sella dauert fort!

Im September 1897 erinnerten wir in der „Vergarbeiter-Zeitung“ nochmals an die Gefahren des Fördersehachtes auf „Gustav“. Die Wirkung war eine geharnischte Rede des Herrn Betriebsführers Müller gegen unser Blatt. Sonst nichts.

Und nun ist das von uns und den Vergleuten Befürchtete eingetreten: Der Schacht ist eingestürzt. Ein Glück, daß es um jene Zeit geschah. Freitag, den 19. d. M., wurde die Mannschaf auf dem unzulänglich reparierten Schachte in außerordentlich beschleunigter Weise in die Tiefe gefördert. „Man warf uns hinein.“ Das Blut erstarrt uns in den Adern, wenn wir daran denken, daß schon hier die Katastrophe geschehen konnte und dann ein weit furchtbarer Unglück entstand.

Wir fragen die Vergbehörde: Hat sie nicht die Warnungen der „Vergarbeiter-Zeitung“ im vorigen Jahre, betreffend den „Gustav-Schacht“ gelesen? Wenn ja, ist dem inspezierenden Assessor nicht der Zustand der Förderung gefährlich erschienen? Ist dies der Fall? Weshalb wurde der Betrieb auf dem Schachte nicht sofort sistirt auf so lange, bis daß ein durchaus sorgfältiges Schachtgerüst hergestellt war?

Im Namen der Vergleute, die in steter Lebensgefahr schweben und noch dazu von den Kapitalisten beschimpft werden, fordern wir endlich einmal volle Aufklärung über die Vorverhältnisse auf der Seche „Gustav“.

Es handelt sich nämlich um noch weit mehr!

Im Juli und September v. J. haben wir auch die Vergbehörde durch unser Blatt dringend hingewiesen auf die Waffenschau von „Gustav“. Dicker Schmutz schwamm auf den Waffens, so schrieben wir damals unwidersprochen, und heute ist es noch gerade so! Unsere spezielle Eingabe an das Dortmunder Oberbergamt, die Revision der Waffenschau betreffend, hat also auf „Gustav“ nichts gemut.

Dazu lesen wir noch oben in dem letzten Hefte der „Zeitschrift“: daß auch auf „Gustav“ die Wurmkrankheit konstatiert wurde!!! Von Abortfäulen kennen die Vergleute dort aber nichts, trotzdem die Vergbehörde, wie die „Zeitschrift“ mittheilt, solche zur Aufstellung angeordnet hat.

Und noch etwas — es ist ein Aufwachen. In der „Vergarbeiter-Zeitung“ vom 19. März 1898 theilten wir mit, daß auf „Gustav“ der inspezierende Berginspektor getödtet wurde, indem man einige Punkte aber nur während seiner Anwesenheit außer Betrieb setzte. Die Notiz ist unwidersprochen geblieben, wir erfuhren aber nichts von einem Eingreifen der Behörde, obwohl wir recht gut unterrichtet sind, wie Herr Müller weiß.

Wir verlangen Aufklärung. Es geht nicht länger so wie bisher, wo wir die haarsträubendsten Dinge berichten von den Gruben und sich die Behörde in Schweigen hüllt. Wir sind nicht todt zu schweigen, sollte man dazu vielleicht auch Lust haben. In aller nächster Zeit soll die Öffentlichkeit wieder erfahren durch uns, wie skandalös es im preussischen Bergbau recht oft zugeht.

Die Unternehmer-Denkchrift ist geschlagen, schon durch den Schachtsturz auf „Gustav“. Gätten wir Arbeiterkontrollen, dann kam diese Katastrophe ganz gewiß nicht vor. Dieser Ueberzeugung sind alle, die Verständnis haben von der beugmännischen Wirklichkeit.

Diese ständigen Warnungen des Fachblattes der Vergarbeiter hätten doch die Regierung dazu veranlassen sollen, eine verschärfte Aufsicht für den Schacht „Gustav“ anzuordnen. Wenn ein den Herren Stumm, Heyl und Jenke nahestehendes Blatt einen Rothschrei ausstößt, dann freilich werden alle Geheimräthe überreißig.

Zur Beurtheilung des Reichstags-Wahlrechts widmet die „Kreuz-Ztg.“ wieder einen langen polemischen Artikel. In der Bekämpfung des Reichstags-Wahlrechts ist sie im wesentlichen mit dem nationalliberalen Blatte eines Sinnes, aber sie fordert, daß die Junker nicht mehr angegriffen werden und daß die Nationalliberalen für die lex Neke und ähnliche schlaue Mittel zur Erhaltung der Gesellschaftsordnung eintreten. Die „Kölnische Zeitung“ ließe sich schon darüber reden, aber warum ist denn die „Kreuz-Zeitung“ so ungeschickt, jetzt wo die Landtagswahl-Agitation in Fluss kommt, solche unangenehme Debatten anzuregen. Die „Köln. Ztg.“ wird dies ebenso ungeschickt, taktlos und unkollegial finden, wie wir uns über diese uns gerade sehr zeitgemäß erscheinende Diskussion freuen.

Deutsches Reich.

Auf dem Katholikentag zu Arefeld veränderte der Vorsitzende des Lokalkomitees, Dr. Urkey: „Wir bekämpfen den Unsturz mit der Keule des Katholizismus und mit dem Schnellfeuer des Gebets!“ In der Art, wie man bisher im Kampf mit „geistigen Waffen“ geführt hat, muß dann aber eine Aenderung eintreten; denn gerade in Rheinland, wo dieser Ausspruch ja fiel, haben Sozialdemokraten, wenn sie zur Serbe-Arbeit auf katholische Dörfer hinausgingen, bisweilen weniger von der Keule des Katholizismus als von den Knütteln und Zornlaternen der frommen Väter gemerkt, und weniger von dem „Schnellfeuer des Gebets“ als von dem Steinhaue, den die christliche Jugend auf Anstiften ultramontaner Eltern den sozialdemokratischen Flugblatt-Vertheilern nachsandten. Dann dürfen Zentralsblätter, wie „Katholischer Volksfreund“, „Kölnischer Volkszeitung“, „Kreuz-Zeitung“, in Zukunft nicht mehr zur thätlichen Abwehr sozialdemokratischer Eindringlinge auffordern; und gültige Plakate müssen fürderhin darauf verzichten, in ländlichen Gegenden Anhänger unserer Partei wirtschaftlich zu schädigen oder gar zu ruinieren?

Geheimrath v. Scheel tritt, wie nun offiziell gemeldet wird, nicht von dem Amt des reichsstatistischen Amtes zurück. Bei seiner Schmiegsamkeit können ihn die Pobjadovsky und Stumm auch fernerhin noch gut gebrauchen.

Koblenz, 26. August. Bei der Reichstags-Wahlwahl im Wahlkreis Kreuznach-Simmern wurde Paasche (nat.) gewählt. Die Theilnahme an der Wahl war gering.

Die alten Nationalliberalen werden über den Wiedereintritt Paasche's in den Reichstag weniger erfreut sein, als die agrarischen Heißsporne.

In Schleien werden die Kriegervereine gründlich von der Sozialdemokratie „geäubert“. Im Waldenburger Kreise sind die Vergleute vielfach in den Knappenvereinen organisiert. Kriegervereine dürfen jetzt den Knappenvereinen nicht mehr angehören, da dieselben nach Ansicht der Kriegervereinsleiter sozialdemokratische Ziele verfolgen. Uns kann dieses Vorgehen der Hurrapatrioten nur recht sein, wird doch dadurch den Arbeitern mit Gewalt Dialektik eingepaukt.

Vom Deuthener Exzerptlar bei Allenstein in Ostpreußen sind jetzt leider Tag für Tag sündere Unglücksfälle zu verzeichnen. Ein Telegramm im Laufe dieser Woche meldet der „Staatsbürger Zeitung“ einen neuen dazwischenfall: Hiernach hat auch Mittelmeier Lubendorf vom 8. Manneregiment bei den Kavallerie-Uebungen auf dem Deuthener Platz so schwere Verletzungen erlitten, daß er am nächsten Tage im Lazareth verstarb.

Zu betref der Arbeiterinnen in militärisch-katholischen Betrieben in der Provinz Posen bemerkt der Posener Gewerbezath Oppermann im letzten Jahresberichte der Fabrikinspektoren: „Es ist in betref des statistischen Materials (über gewerblich beschäftigte Arbeiterinnen) zu bemerken, daß die militärisch-katholischen Betriebe, die in der Provinz eine nicht unerhebliche Anzahl Ar-

beiterinnen beschäftigen, nur theilweise berücksichtigt werden konnten, weil die betreffenden Angaben nur schwer zu erlangen sind.“ Nach der Ausführungsanweisung zum Reichsgesetze vom 1. Juni 1891, betr. Abänderung der Gewerbe-Ordnung, soll nach der Bestimmung unter C VII von den höheren Verwaltungsbehörden dem zuständigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten eine Uebersicht der Betriebe mit Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern überzulesen werden. Bei den militärisch-katholischen Betrieben hat auf grund des Erlasses der Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe vom 25. Mai 1892 der Herr Kriegsminister die Befugnisse und Obliegenheiten der höheren Verwaltungsbehörden für die in Rede stehenden Betriebe auszuüben. Bisher sind aber von dieser Stelle Nachweisungen nach dem Formular J nicht eingegangen.

„Nicht eingegangen“, obgleich sie eingefordert wurden, wie es doch scheint und anzunehmen ist. Seltsam, sehr seltsam! Das sieht ja gerade so aus, als ob man im Kriegsministerium von Gewerbe-Inspektion, Gewerbe-Ordnung und dergl. nichts wissen wollte. Möglich ist das unter dem gegenwärtigen Kurs in der offiziellen Sozialpolitik allerdings. Wie wird sich da nun Herr Oppermann helfen und sich Respekt verschaffen? —

Von der deutsch-französischen Grenze, 24. August. (Fig. Ver.) In den lothringischen Grenzbezirken, wo die Bevölkerung (Gegenwart) hat, den erheblich niedrigeren Stand der Fleischpreise im nahen Frankreich zu beobachten, empfindet man die durch die deutschen Grenzpermeuregeln entstandene Fleischtheuerung von Tag zu Tag unangenehmer. Selbst aus solchen Kreisen, die sonst mit der Regierung durch Diet und Dinn zu gehen pflegen, erschallt jetzt der Ruf nach einer Linderung des gegenwärtigen Rothstandes. So schrieb vor einigen Tagen die gouv. mensuelle, Meyer Ztg.: „Da das Fleisch bei uns hüben immer theurer wird, wurden in neuerer Zeit die Behörden verschiedentlich angegangen, dahin zu wirken, daß wieder Minder- und Kälder, insbesondere aber Schweine aus Frankreich, wo diese Schlachtthiere viel billiger sind, eingeführt werden dürfen. Im Interesse des konsumierenden Publikums wäre eine Einfuhrerlaubnis sehr erwünscht. Unsere Bauern, die heuer Futter in Hülle und Fülle haben, wollen sich, obgleich sehr annehmbare Preise geboten werden, zum Viehverkauf nicht entschließen. Die Fleischpreise haben doch schon eine solche Höhe erreicht, daß es dem kleinen Manne nicht mehr möglich ist, sie zu zahlen. In anbetragt dieses Umstandes wäre es angezeigt, durch die Bewilligung, vom Ausland das Erforderliche beziehen zu dürfen, der Noth ein Ende zu bereiten.“

Leider ist die Befürchtung, daß das Reyer Blatt tauben Ohren predigt, nur zu sehr gerechtfertigt.

Gegen die „Vive la France!“-Ruf arbeitet unsere reichslandische Justiz mit der alten Promptheit weiter. Am 20. d. M. wurde von der Strafkammer des Landgerichts Mühlhausen der 23-jährige Fabrikarbeiter Trapp aus Gallingen wegen Körperverletzung und Ausstoßens „aufschreiender Rufe“ zu 4 Monaten und 14 Tagen Gefängniß, am 22. der 20-jährige Bauernsohn Kühnemann aus Oberulbach wegen „wiederholten Ausstoßens aufschreiender Rufe“ zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Diese staatsgefährliche Jugend! —

Aus Elsas-Lothringen, 25. August. (Fig. Ver.) Wir haben vor einiger Zeit berichtet, daß die von Straßburg aus in Szene gesetzte Bewegung zu Gunsten der Oeffentlichkeit der Sitzungen der reichslandischen Gemeinde-Räthe mit einem entschiedenen Mißerfolg endigte, insofern die Mehrzahl der größeren Städte des Landes sich durch Beschluß ihrer Gemeinderäthe gegen die geplante Neuerung ausgesprochen hat. Nunmehr treten auch die kleineren Kommunen zu Gunsten des bisherigen Zustandes auf den Plan, so daß der Anchein erweist werden könnte, als ob die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Landes mit dem Ausschluß der Oeffentlichkeit von den Verhandlungen der Kommunalvertretungen einverstanden sei. Dem ist aber nicht so. Würden zur Entscheidung dieser Frage nicht die Gemeinderäthe selbst, sondern die städtischen Bürger und Steuerzahler um ihre Meinung gefragt, so würde sich zeigen, daß der Wunsch der reichslandischen Bevölkerung nach einer unbeschränkten Kontrolle der Thätigkeit der in die Gemeinde-Verwaltungen entsandten Vertreter ein allgemeiner ist. So aber stehen wir vor der leicht erklärlichen Thatsache, daß die Kommunalvertretungen die auf sie gestellte Frage, ob sie sich in Zukunft dieser Kontrolle ihrer Wähler aussetzen wollen, einfach verneinen und damit die ganze Oeffentlichkeitsbewegung lahmlegen. Der einzige Weg, auf welchem in dieser Sache das erstrebte Ziel erreicht werden kann, ist der des Appells an die Gesamtheit der kommunalen Wählererschaft, deren Aufgabe es vor allem sein sollte, bei den nächsten Gemeindevahlen seinem Kandidaten die Stimme zu geben, der sich nicht auf bestimmte Wahlverpflichtung hat, daß er im Falle seiner Wahl für die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeinderäthe eintreten wolle.

Der Bezirkspräsident des Unter-Elsas verweigerte einer von italienischen Arbeitern Straßburgs einberufenen öffentlichen Versammlung, in welcher über die wirtschaftliche Lage des werthfähigen Volkes und ihre Hebung durch die Organisation gesprochen werden sollte, die erforderliche polizeiliche Genehmigung.

In dem bekannten Prozeß gegen den evangelischen Pfarrer Dr. Gerbert in Oberweiler hat das Ober-Landesgericht zu Colmar nunmehr Termin auf den 19. September angesetzt. Der Beurtheilte, Dr. Gerbert, hat bekanntlich gegen das Erkenntniß der Zaberner Strafkammer Revision eingelegt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Bei der Geburtsstagsfeier des Kaisers sollen der Oberstleutnant Johann R. und seine Frau, beide in Diebau, Kreis Steinau a. O., sitzen geblieben sein, außerdem soll R. bei einer später sich entwickelnden Schlägerei mit einem Messer gestochen haben. R. und seine Frau hatten sich deshalb vor der Strafkammer in Slogau zu verantworten. Die Angeklagten bestritten jede Schuld, bei dem herrschenden Tumult hätten sie das Ausbringen des Hocks garnicht bemerkt. Bei der Schlägerei will sich der Ehemann R. nur mit dem geschlossenen Messer gegen die ihn Angreifenden gewehrt haben. Nach umfangreicher Beweisaufnahme sprach das Gericht beide Angeklagte vollständig frei.

Paris, 26. August. Der sozialistische Deputirte Jébaud theilte dem Kriegsminister mit, daß er beim Wiedereintritt in die Kammer wegen der Kränklichkeitsfälle interpelliren werde, welche durch die letzten Manöver veranlaßt worden sind.

Paris, 25. August. (Fig. Ver.) Der Pariser Gemeinderath hatte in seiner letzten Session den Gewerkschaften des Seine-Departements eine Subvention von 5000 Francs bewilligt zur Verrichtung ihrer Vertretungskosten auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress zu Rennes. Auf Vorstellung des sozialistischen Vorkämpfers des Gemeinderathes, Kavarre, der in Begleitung von zwei Delegirten des Verwaltungsausschusses der Arbeiterbörse im Ministerium des Innern empfangen wurde, hat Briffon den zugehenden Präsesen auszuweisen, das Wortum des Gemeinderathes zu bestätigen. — Das ist so ziemlich die erste Regierungshandlung, welche Briffon vortheilhaft von Meline unterscheidet. Unter Meline wurden ähnliche Beschlüsse des Gemeinderathes systematisch annullirt.

Frankreich.

England.

Die Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz. Während in den englischen Tages-Zeitungen die Wogen der Sympathie für die anglo-argentinischen Vetter sehr hoch gehen und manche den Tag der anglo-amerikanischen Verbrüderung kaum erwarten können, bringt der „Engineer“ einen Artikel über den Fortschritt Amerika's in den englischen Industriezweigen, der geeignet ist, die englische Geschäftswelt in dieser Beziehung etwas abzuhälen. Interessant ist der Artikel aber auch, weil er gleichzeitig ein Herzerguß der englischen Unternehmerrasse ist und deutlich zeigt, was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn sie nicht unausgesetzt ihre Organisation stärken. Nachdem der Artikelschreiber ausgeführt hat, daß sowohl die amerikanischen Firmen in ihren Arbeitsmethoden und in der

Anwendung arbeitssparender Maschinen, als auch die Arbeiter an der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit ausführen, den Engländern weit überlegen sind, kommt er auf die anderen Gründe zu sprechen, die seiner Ueberzeugung nach die amerikanische Konkurrenz ermöglichen. Da ist zunächst die leichtere Besteuerung der amerikanischen Unternehmer. Es giebt dort keine Einkommensteuer; solche Gesetze wie Unfallversicherung, die die Produktionskosten erheblich verschauern, sind unbekannt. Ferner ist das Prinzip unter dem die automatischen Maschinen gehandhabt werden, ganz verschieden von demjenigen hier. In England läßt man die Maschine so wenig wie möglich thun, während in Amerika der freie Gebrauch automatischer Maschinen der Hauptfaktor in den verschiedenen Industrien ist, wobei sich die Arbeiter darin überbieten, die Maschinen so viel wie möglich auszunutzen. Ein Arbeiter bedient ein halbes Duzend Maschinen und selbst Knaben sieht man oft in derselben Art und Weise arbeiten. Auch die Gewerkschaften wirken unter Verhältnissen, die den Unternehmern viel günstiger sind als die für die englischen Unternehmer, insofern der Eiferthätigkeit der eigentlichen Amerikaner, der Deutschen, Irländer und „Nigger“, die sich bei Streiks gegenseitig in den Rücken fielen. Auf diese Weise besteht eine sehr praktische und nützliche Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeiterklassen und ihren Gewerkschaften in den verschiedenen Werkstätten. Hier in England sei gerade das Gegentheil der Fall und jeder Arbeiter könnte es hier mit seinen Kollegen ermüden, daß die arbeitssparenden Maschinen möglichst wenig Arbeit sparen.

Wieder sind also die bösen englischen Arbeiter schuld, die sich nicht genügend ausbeuten lassen, und so die ungeheuren Gewinne des englischen Unternehmertums etwas schmälern. Durch eine ganze Anzahl von Weisungen hat der Verfasser dar, daß die amerikanische Konkurrenz nicht nur „Aufschneider und Kellame“ ist, sondern sich in der Stahl- und Eisenindustrie eingebeter Bezirke ganz erheblich fühlbar macht. So führt eine einzige Londoner Firma jährlich 250 Tausend Stahl von Amerika ein. Es werden ferner große Quantitäten Zellen, kleine Gußstücke, Messingstangen zur Verwendung an Werkzeugmaschinen und letztere selbst eingeführt. Alle diese Dinge sind trotz der großen Entfernung 20—30 pCt. billiger als die in England hergestellten gleichartigen Artikel, und, wie von Unternehmern und Arbeitern anerkannt wird, besser als die englischen. — Während also die amerikanische Einfuhr nach England fortwährend zunimmt, nimmt die englische Einfuhr umgekehrt ab, und das nicht allein nach Amerika sondern auch nach allen den Ländern, in denen Deutschland und Amerika als Konkurrenten auftreten. Dieß man dies in betracht wird man die Bemühungen Englands sich den chinesischen Markt nicht verschließen zu lassen erklärlich finden, denn nur die Eröffnung neuer Märkte kann vorläufig eine Kriftis im englischen Wirtschaftstoben abwenden. Daß eine solche aber auch den Kontinent stark in Mitleidenschaft ziehen würde ist sicher, und die Arbeiterschaft wird nur durch eine sehr starke Organisation verhindern können, daß sie allein die Kosten bezahlt. —

Italien.

Die Schandvollen Urtheile des Kriegsgerichts und des Kassationshofes. Welchen Eindruck die Verurteilung der Melire der von den Kriegsgerichten Verurtheilt in Italien selbst hervorbrachte, mag man aus einem kurzen Sahe der „Italia“ entnehmen. Dieses gut ministerielle, offiziöse Blatt schreibt wörtlich:

„Es ist unsere Pflicht, die Entscheidung des Gerichtshofes zu achten, aber es ist uns ohne Zweifel gestattet, über die Militärgerichte und über den Widerspruch, in welchem ihre Einsetzung und ihr Vorgehen mit Artikel 71 der Verfassung stehen, unsere Meinung aufrecht zu erhalten.“ —

Rußland.

Strafmilderung wegen Grenzverletzung. Der berittene russische Grenzjäger Gofon Tschekonoff, welcher, wie wir kürzlich mittheilten, bei Ostweber die Grenze überschritt und ein junges Mädchen bei den Haaren über dieselbe zu ziehen versuchte, ist jetzt vom Brigadegericht in Warschau nur der absichtlichen Verletzung der preussischen Grenze für schuldig erklärt und zu einer Militär-Gefängnißstrafe von drei Monaten, sowie Einreihung in die Sträflingsabtheilung verurtheilt worden. Die Grenzkommission hatte den Mann bekanntlich seinerzeit zu zwei Jahren Gefängniß, zwei Jahren Verweisung in die Arbeiterabtheilung und zweihundert Krutenhieben verurtheilt. Letzteres Urtheil ist demnach wieder aufgehoben worden.

Rumänien.

Bulgarisch, 25. August. Bulgarische Agitationen in Rumänien. (Jnt. Kor.) Die rumänischen Behörden erhielten die Absicht eines auf dem letzten bulgarisch-macedonischen Kongress zu Sofia gefassten geheimen Beschlusses, welcher eine direkte Bedrohung Rumaniens seitens der großbulgarischen Agitation bedeutet. Es wurde nämlich beschlossen, für den Augenblick die Agitationsthatigkeit gänzlich auf Rumänien zu richten, um die unter dem rumänischen Joche schmachtenden bulgarischen Brüder in der Dobrußa zu einem Aufstande zu bringen. Die Befürworter dieses Antrages machten geltend, daß ein baldiger kriegerischer Zusammenstoß zwischen Bulgaren und Rumänen an den leitenden Stellen des Staates sehr gem gesehen würde, da hierdurch die Gesamtlösung der Balkanfragen wesentlich erleichtert werden könne. —

Serbien.

Belgrad, 25. August. Der diesseitige Gesandte in Konstantinopel wurde beauftragt, der Pforte zu erklären, Serbien verharre bei seiner Forderung, in die Kommission unter Saad-Eddin-Pascha, welche die von den Anruuten an christlichen Serben im Wilajet Kofsovo verübten Gewaltthaten untersuchen soll, ein Mitglied zu entsenden. Infolge der Behauptung, daß der letzte Konsult an der Grenze von der serbischen Grenzwahe hervorgezogen wurde, stellte die serbische Regierung den Antrag, eine gemischte türkisch-serbische Kommission behufs Bestimmung des wahren Sachverhalts dorthin zu schicken. —

Bulgarien.

Diplomatische Vertretung in Berlin. Die „A. Z.“ meldet aus Sofia: Die bulgarische Regierung beabsichtigt, in nächster Zeit eine diplomatische Agentur in Berlin zu errichten. Die Schaffung dieser neuen Vertretung Bulgariens in Berlin soll weniger politischen als Handelsinteressen dienen. —

Türkei.

Konstantinopel, 25. August. Das Uebereinkommen betreffend die Zahlung der russischen Kriegschadigungs-Nachstände ist heute unterzeichnet worden.

Konstantinopel, 26. August. Der montenegrinische Gesandte Bolitsch hat die Aufmerksamkeit der Pforte auf den Umstand gelenkt, daß seit der Abreise der Untersuchungskommission aus dem Sandshat Serana sich neuerdings eine Agitation der Mohamedaner fühlbar mache und daß deshalb Verwicklungen zu befürchten seien. — Nach Meldungen aus Kreta macht sich unter dem türkischen Truppen auf Kreta Unzufriedenheit bemerkbar. —

Griechenland.

Zur Frage eines Bündnisses zwischen Griechenland und der Türkei wird der von einem Griechen herausgegebenen „Jnt. Kor.“ aus Athen geschrieben: Herr Kallis hat sich inzwischen gegenüber zahlreichen Politikern und Zeitungsvertheilern eingehend über die Zweck der durch seinen Besuch beim Sultan angeregten griechisch-türkischen Bündnisses ausgesprochen. Er erklärte, den Empfang im Pildizpalast deshalb namigeführt zu haben, da er von diplomatischer Seite sehr wichtige Mittheilungen über die Absichten Rußlands hinsichtlich Griechenlands und Kreta's erhalten habe. Die russische Regierung wünsche dringend, eine auf bestimmten Bündnisverhältnissen beruhende Verständigung aller Balkanstaaten untereinander herzustellen, deren Schutzherr selbstverständlich der Zar sein wolle. Ebenso solle der Prinz Georg, wenn er durch die Verwendung Rußlands den kreischen Gouverneurposten erhalte, lediglich ein Befehl des Zaren werden, da der letztere bereits bestimmt habe, daß

ein russischer General (etwa nach der Art des Herrn Kaulbars) dem Prinzen als Bevollmächtigter Russlands und demnach als eigentlicher Verwalter Kretas zur Seite stehen solle. Nach Ansicht Kaulbars bedeutete jedoch eine derartige bedingungslose Unterwerfung Griechenlands und der Kreter unter den Willen Russlands den politischen und geistigen Tod des Hellenentums, der seinem individuellen Charakter nach eine Gleichstellung mit Bulgarien und Montenegro nicht verträglich. Deshalb sei Kaulbars zu dem Entschlusse gekommen, durch eine direkte Verhandlung mit dem Sultan, Griechenland das demütigende Joch der russischen Schutzherrschaft zu eripen; und auf Grund der ihm vom Sultan gegebenen Versicherungen hoffe er, daß ein aufrichtiges, für beide Teile vorteilhaftes Bündnis zu Stande kommen werde. In militärischer Hinsicht würde dasselbe bestimmen müssen, daß Griechenland darauf verzichte, sein sechsendes Heer zu verstärken und Grenzbesetzungen in Thessalien anzulegen, wogegen die griechische Flotte neu in Stand zu setzen sei und die doppelte Stärke erhalten müsse, sodas sie zugleich als Verteidigungsmittel für die türkischen Küsten dienen könne. Als Gegenleistung werde der Sultan in den Anschluß Kretas an Griechenland einwilligen und den Griechen Makedonien eine erweiterte Gemeinde-Autonomie zugesichern. — Daß derartige Vorschläge in weiteren Kreisen Griechenlands nicht gerade Zurückweisung erfahren, zeigt die ablehnende Haltung der Presse gegenüber dem angeführten Besuche des Fürsten Ferdinand in Bulgarien, dessen etwaige Anträge betreffs Einbeziehung Griechenlands in einen sogenannten Balkanbund schon jetzt heftig bekämpft werden. —

Die internationale Finanzkontrolle in Griechenland und die Rückkehr der freischigen Pflanzlinge. Aus Athen wird der „Nat. Kor.“ gemeldet: Eine halbamtliche Mitteilung besagt, daß die von der Regierung angeordnete Durchführung der freischigen Pflanzlinge nur deshalb erfolgen werde, weil die internationale Finanzaufsichtskommission gegen jede weitere Verwendung von Staatsgeldern für die Pflanzlinge Einspruch erhoben habe. Keineswegs aber sehe die Regierung die Lage auf Kreta als eine derartige an, daß die Rückkehr der Pflanzlinge ohne Gefahr erfolgen könne. Dieselben stammen fast sämtlich aus den freischigen Küstentädten, in denen ihre Wohnräume entweder zerstört oder von den Muhammedanern besetzt worden, während bisher alle Versuche der Admirale, die Muhammedaner zum Rückzug von den christlichen Häusern zu veranlassen, vergeblich geblieben sind. Die griechische Regierung sieht daher in der erzwungenen Rückführung der Pflanzlinge ein neues Element der Beunruhigung. —

Afien.

Ueber die Emanzipation der chinesischen Kaufleute vom europäischen Handel. macht Dr. Paul Goldmann, der für die „Frankfurter Zeitung“ Chinas bereist, folgende interessante Bemerkungen: „Es sieht im allgemeinen so aus, als würde allmählich in Ostasien der chinesische Kaufmann an Stelle des europäischen (oder amerikanischen) treten. Gegenwärtig bereits liegt der ganze Handel nach dem Innern Chinas in den Händen der Chinesen. Der Europäer läßt die Waaren übers Meer kommen, der Chinese leitet sie dann auf ihren eigentlichen Absatzweg ins Land hinein. In vielen Fällen ist der europäische Kaufmann eigentlich nur als Kommissar chinesischer Firmen thätig, und eines Tages wird vielleicht die chinesische Firma ganz auf den Mittelmann verzichten und direkt mit den Lieferanten in Europa sich in Verbindung setzen wollen. Während die chinesische Regierung vor den drohenden Monoponismen der europäischen Kriegsschiffe zurückweicht, behauptet der chinesische Kaufmann ruhig seinen Platz. Oft tritt er als Comprador (Geschäftsführer) in die Dienste der europäischen Handelsleute, die bei der Unmöglichkeit, die chinesische Sprache zu beherrschen und die chinesischen Geschäftsverhältnisse zu überblicken, eines eingeborenen Vertrauensmannes bedürfen. Wenn der Chef des Hauses tausend Taels bei einem Geschäft verdient, so kann man sicher sein, daß tausend andere Taels oder auch zweitausend in die Tasche des Compradors fließen. Allmählich auch beginnt der chinesische Kaufmann in direkten Konkurrenzkampf mit dem europäischen zu treten, und auf die Dauer ist fast immer der Europäer der unterliegende Teil. Der Chinese drängt den Europäer aus seinen Unternehmungen heraus (wie die chinesische Gesellschaft sich jenes Theiles der Yang-tse-Schiffahrt bemächtigt hat, den die amerikanische betrieb). Der Chinese infiltriert sogar unmerklich die europäischen Niederlassungen. Ein großer Teil der Settlement von Shanghai, ja manche von den schönen Häusern des Bund sind in chinesischen Händen. Natürlich verdrängt sich der chinesische Eigentümer immer hinter einen europäischen Strohmännchen. Schwärzler wollen bereits eine Zukunft wahrnehmen, wo die in Ostasien lebenden Europäer in den Diensten von Chinesen stehen werden (wie heute bereits die europäischen Offiziere der China-Merchant-Steamer in Sold und Dienst der chinesischen Rhetoren stehen). Jedenfalls ist das merkwürdige Phänomen zu bemerken, daß die chinesische Regierung ein Stück China nach dem anderen den Fremden überläßt und daß die chinesischen Kaufleute zu gleicher Zeit im Vortritt sind, mit Hilfe ihres Kapitals China von den Fremden zurückzuerobern.“

Ueber die Kritik in der Textilindustrie in Japan entnehmen wir der „Engineering“ folgendes:

Nachdem anfangs dieser Industriezweig sehr florirte und große Dividenden abwarf, ist schon nach kurzer Zeit eine starke Depression eingetreten. Eine große Anzahl Spinnereien mußten geschlossen werden und die Aktien aller sind sehr heruntergegangen, infolge der starken Ueberproduktion. Es existiren im ganzen 66 Spinnereien in Japan mit insgesamt 760 000 Spindeln. Das produzierte Garn übersteigt bei weitem den unmittelbaren Bedarf des Landes, und der Export hat sich noch nicht genügend entwickelt. Im Jahre 1897 blieben ca. 80 000 Ballen in den Händen der Produzenten und für dieses Jahr schätzt man die Zahl auf mehr als das Doppelte. Man hatte erwartet, daß der Ueberfluß von China würde aufgenommen werden. Nachdem aber nach dem Vertrage von Shimonoseki Fremden das Recht eingeräumt wurde, Fabriken in China zu errichten, hat man auch mit den dortigen Spinnereien zu konkurrieren. Natürlich wird sich der Handel im In- und Auslande entwickeln, da die Fabrikanten aber der Nachfrage vorausgegangen sind, befinden sich viele jetzt in Schwierigkeiten. Man hat außerdem bei den hohen Dividenden, die gezahlt wurden, weder die Reservesfonds genügend bedacht, noch die nötigen Abschreibungen auf die Maschinen z. B. vorgenommen. Der Präsident der Industriebank hat deshalb die Angelegenheit untersucht und wird den Fabrikanten weitere Geldmittel zur Verfügung stellen, wenn sie sich verpflichten, 8 pCt. des jährlichen Gewinnes zum Reservesfonds und 10 pCt. vom Rest zu Abschreibungen zu verwenden. Zudem ergab sich, daß eine Anzahl Fabriken in zu kleinem Maßstabe arbeiten, die bei Unger Veranlagung und Reorganisation bei weitem bessere Resultate liefern würden. Es zeigt sich also auch hier wie in allen anderen Industrieländern die Tendenz zum Großbetrieb und es ist interessant zu sehen, daß überall dieselben wirtschaftlichen Gesetze wirken und gleiche Resultate hervorbringen. —

Afrika.

Tanger, 24. August. (Inter. Kor.) Der Sultan war über die nach Europa gefandte Meldung von seinem angeblichen Ableben sehr empört, daß er sofort den Großvezir und den Minister des Innern ihrer Ämter entsetzte und ins Gefängnis abführen ließ. Als Kustizier der Intrigue sah er einen jüngeren Bruder an, der ebenfalls verhaftet wurde, ebenso wie zahlreiche Anhänger des letzteren, an denen ein fürchtbares Strafgericht vollzogen werden dürfte.

Gleichzeitig hat der Sultan beschlossen, eine große Gesandtschaft an die europäischen Höfe zu entsenden, um diesen die großen Reformpläne mitzuteilen, welche der Sultan zur Verbesserung der inneren Verhältnisse und der auswärtigen Beziehungen des Sultanats durchzuführen gedenkt. —

Amerika.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Vereinigten Staaten. Das Fiskaljahr 1897/98 schließt für die Vereinigten Staaten mit einem alle bisherigen Rekorde weit hinter sich lassenden Exportüber-

schusse von 615 1/4 Millionen Dollars (2894 Millionen Mark). Man verfolge die Entwicklung der Handelsbilanz während der letzten zehn Jahre:

Jahr, endend	Einfuhr	Ausfuhr	Totale	Ueberschuß der Ausfuhr
1889 ...	745 181 652	742 401 875	1 487 583 527	2 780 277*
1890 ...	789 310 400	857 828 694	1 647 139 093	68 518 275
1891 ...	844 918 196	884 480 810	1 729 397 006	39 564 614
1892 ...	827 402 462	1 000 278 148	1 827 680 610	202 875 680
1893 ...	868 400 622	847 665 194	1 714 065 116	18 735 928*
1894 ...	954 994 022	892 140 572	1 847 135 194	237 145 950
1895 ...	781 969 965	807 538 165	1 589 508 130	75 568 200
1896 ...	770 724 674	882 606 938	1 653 331 612	102 882 264
1897 ...	764 730 412	1 050 963 556	1 815 723 968	286 293 144
1898 ...	616 052 844	1 231 311 808	1 847 364 712	615 259 024

Die Annahme, daß der mächtige Aufschwung, den die Exportziffer im letzten Jahre genommen hat, hauptsächlich mit der Ernte zusammenhänge, wäre falsch. An Wrothfosten wurden im letzten Jahre für etwa 133 Millionen Dollars mehr ausgeführt als im Jahre 1896/97. Rechnet man hierzu auch noch die entsprechenden Steigerungen in der Ausfuhr von anderen Nahrungsmitteln, ferner Baumwolle und Erdöl und zieht man alle diese Steigerungen (über 1896/97) von dem Exportüberschusse des Jahres 1897/98 ab, so bleiben doch noch 459 Millionen Dollars zu verrechnen, und hieron dürften volle drei Viertel auf Habitate entfallen. Zum ersten Male in ihrer Handelsgeschichte exportirten die Vereinigten Staaten im abgelaufenen Jahre mehr Fabrikate, als sie solche importirten. Die „Neue Freie Presse“, der wir diese Betrachtungen entnehmen, macht folgende weitere Angaben: Noch im Jahre 1896/97 hatte der Werth der importirten Fabrikate den der exportirten um 27, im Jahre 1895/96 um 104, im Jahre 1894/95 um 121 Millionen Dollars überstiegen. Und die stetige Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt, daß es, vom europäischen Standpunkt aus, immer schlechter werden wird; der Dingley-Tarif hat nur das Gefälle der Strömung verstärkt, die Strömung erzeugt hat er nicht. An Ackerbau-Geräthen exportirten die Vereinigten Staaten zum Beispiel für 2,6 Millionen Dollars im Jahre 1888, für 6 Millionen im letzten Jahre; an Lokomotiven für 1/2 Million im Jahre 1888, für 4 Millionen im letzten Jahre; an Eisen- und Stahl-fabrikaten zusammen für 17,7 Millionen im Jahre 1888, für 65 Millionen Dollars im letzten Jahre; an Leder und Lederwaren für 10 Millionen im Jahre 1888, für mehr als 20 Millionen im letzten Jahre; an Seife 190 000 Zentner im Jahre 1888, 260 000 Zentner im letzten Jahre; an Glas und Glaswaren für 0,8 Millionen Dollars im Jahre 1888, für 1,2 im letzten Jahre; an Gummiwaren für 0,8 im Jahre 1888, für 1,8 Millionen im letzten Jahre u. s. w. Das beweist, nebenbei bemerkt, wie recht die Käufer in der Wüste hatten (auch der englische Handelsminister Ritchie bejaht diesen Punkt, zu seiner Ehre sei es hervorzuheben), die vor einiger Zeit, als der Made in Germany-Hummel durch England ging, betonten, der gefährlichste Gegner der englischen Industrie sei gar nicht Deutschland, sondern Nordamerika, eine Besichtigung, die das englische Publikum, wenn es nur Augen hätte, erst in den jüngsten Tagen wieder hätte bestatigen können: alle Waggon der neuen Londoner Untergrundbahn zwischen dem Mansion House und der Waterloo-Station, die sechsen eröffnet worden ist, kommen aus amerikanischen Werken, wie schon seit mehreren Jahren ein Theil der Postwagen auf den englischen Bahnen, obgleich diese Lieferungen durchaus an den billigsten Meier gegeben werden, ohne jede Bevorzugung. In Glasgow ereignete sich in der vergangenen Woche etwas Ähnliches bei einer Ausdehnung der Stadtgemeinde. Aber es paßt jetzt nicht in den Gant der anglo-amerikanischen Verbrüderungsbücherei hinein, diese Dinge gebührend zu beleuchten, und so bleiben sie unbeachtet. Früher oder später jedoch werden die Engländer die Erkenntnis nicht umgehen können, wie thöricht es von ihnen ist, von Amerika, ihrem erstem Konkurrenten, zu erwarten, daß er, wie sie dies jetzt in die Welt verkünden, mit ihnen bei der Aufrechterhaltung der „Offenen Thür“-Magime (in China oder sonstwo) kooperiren werde. —

Buenos Aires, 25. August. Auf einem von Bankiers und Kaufleuten hier veranstalteten Bankett sprach der neu gewählte Präsident General Roca die Ueberzeugung aus, daß die argentinisch-argentinische Grenzfrage eine friedliche Regelung finden werde, und zwar wahrscheinlich noch vor seinem am 12. Oktober dieses Jahres erfolgenden Amtsantritt. Er werde als Präsident eine harmonische Regierung führen, das Finanzwesen ordnen, den Landescredit konsolidiren und das Vertrauen Europas wiederherstellen suchen. Einwanderer und fremdes Kapital sollen nach Argentinien gezogen werden. Die Vermehrung der Flotte und des Landheeres habe keinen aggressiven Zweck. —

Valparaiso, 25. August. Die Konferenz der argentinisch-chilenischen Kommission zur Verathung der Grenzfrage ist heute eröffnet worden. —

Preussische Landtagswahlen.

Weitere Bestimmungen zum Beschluß der Berliner Parteiversammlung vom 23. August.

„Volksbote“ in Luba:

Dieser Beschluß entspricht völlig den Anschauungen, welche die Redaktion dieses Blattes von der Theilnahme an den Landtagswahlen hegt.

„Offenbacher Abendblatt“:

Für uns hat es nicht der Reichstagswahl bedurft, um zu erkennen, daß auf den Freisinn kein Verlaß ist. Aber der berechtigten Horn über die schamlose Haltung des Freisinnigen, den die Berliner Genossen empfinden (bei vielen wird er sogar in Verachtung übergegangen sein), durfte nicht übersehen lassen, daß uns von den konservativen Junkern noch größere Gefahren drohen. Nun ist's freilich wahr, daß in Berlin kein Konservativer zur Strafe gebracht werden kann. Aber das Beispiel, das Berlin gibt, wirkt auf andere Wahlkreise zurück; es wird deren Eifer unglücklich beeinflussen. Deswegen bedauern wir die Haltung der Berliner Genossen.

„Volksstimme“ in Frankfurt a. M.:

Wir sind geneigt, unsere begeisterte Bezeichnung des Berliner Beschlusses als einen „unglücklichen“ wesentlich zu mildern. Der moralische Eindruck der Berliner Ablehnung, den wir hauptsächlich beklagen zu müssen glauben, wird nämlich erheblich abgeschwächt durch die unzulängliche Begründung der Ablehnung im Referat und in der Debatte.

Wenig zu mäßen ist unseres Erachtens an dem Urtheil der Berliner Genossen über die dortigen Verhältnisse. Wenn es zutrifft, daß der Freisinn doch alle Berliner Landtagsmandate behauptet, auch ohne mit uns zusammenzugehen zu müssen, so entfällt allerdings die Möglichkeit, im Sinne der linksstehenden Berliner „Volks-Zeitung“ wenigstens auf die Auswahl der freisinnigen Kandidaten einzuwirken und dazu zu helfen, daß die entschiedenere Jugend an Stelle der abgemessenen fortschrittlichen Jubelgeisse tritt. Bedauern uns die Freisinnigen in Berlin nicht, so werden sie sich höchstens für unsere Rathschläge zur Personenfrage bedanken. Und daß uns die Berliner Freisinnigen nicht brauchen, glauben neben Ledebour auch Krons und Heine bestätigen zu können.

Aber weit über die Berliner Verhältnisse hinaus gingen die Debatten in anderen Punkten. Man lehnte diejenige Resolution direkt ab, die ausdrücklich feststellen wollte, daß man sich nur für dies Mal nicht betheiligen wolle, und daß Wahlkreisen mit anderen Verhältnissen die Theilnahme zur Niederzwingung der Reaktion zu empfehlen sei. Damit bekundete die Mehrheit der Versammlung jenes Streben, vom Berliner Standpunkt aus zu rebelliren und zu schablonisiren, das schon so oft böses Blut gegen die Berliner Genossen gemacht hat. Dieser Wink war absolut nicht angebracht und

*) Ueberschuß der Einfuhr.

begründet, um so weniger, als manche Redner, aber wohl nur zu dem erlaubten Zweck, Stimmung zu machen, entschieden zu viel behaupten wollten. Die öffentliche Abstimmung soll in Berlin so ins Gewicht fallen? Dann hätten ja die Gedächtnis-Genossen bei der letzten Gemeindevwahl mehr Ueberzeugungstreue entwickelt, als es die Genossen in der Reichstagswahl vermochten, wo doch Tausende von Unternehmern gar nicht mehr danach fragten, ob ihre Arbeiter Sozialdemokraten sind. Und die ganze Vertheilung hätte nur den Zweck, dem faulen Freisinn auf die Beine zu helfen? Wo bleibt da die gerade von den Radikalen doch wohl zu verlangende Klarheit darüber, daß nach dem kommunistischen Manifest wie nach unserem Parteiprogramm allerdings die kapitalistische Entwicklung in sozialer wie politischer Hinsicht auch durch uns mit auf die Spitze getrieben werden muß, damit sie sich gründlich auslebt? Von der Möglichkeit, in anderen Wahlkreisen eventuell sogar etwas Positives für uns herauszuschlagen, ganz zu geschweigen.

Kann die Entscheidung in Berlin ist gefallen, und zwar seltener Weise, ohne daß sich irgend einer unserer zahlreichen in Berlin wohnenden Parteiführer an ihr betheiligt hätte. Ledebour meinte, der Berliner Beschluß könne vielleicht aufreißend auf die von den Konservativen gefährdete Opposition in der Provinz wirken und ihr zeigen, daß sie uns gebrauchen kann. Was sein, obgleich wir uns davon wenig versprechen. Aber aufreißend möge der Berliner Beschluß vor allem auf die Genossen in der Provinz insofern wirken, als sie die wichtige Frage nicht mit derselben Leichtigkeit abthun, wie die Berliner Parteifreunde.

„Volksblatt für Harburg“:

Diese schamlose Resolution wird gewiß in vielen Orten ein verurtheilendes Schütteln des Kopfes hervorrufen. Es ist in der Hauptsache die reine Politik der gestärkten Ueberzeugung, die in derselben zum Ausdruck kommt. In einem weiseren Städtchen würden wir solchen Beschluß für möglich gehalten haben; die politische Weisheit unserer Berliner Genossen haben wir höher eingeschätzt. Auf die Berliner Erwägungen“ einige kurze Worte: 1. Daß wir aus eigener Kraft keine Wahlerfolge d. h. Landtagsmandate erringen würden, wußte man in Harburg auch schon; trotzdem stimmte der Parteitag für die Wahlbetheiligung. 2. Der Hamburger Beschluß ging nicht von einer Ueberzeugung der bürgerlichen Oppositionsparteien aus, sondern von dem Agitationswerth der Wahlbetheiligung und der Nothwendigkeit der Zurückdrängung des Junkerthums. 3. Die thatsächliche Haltung des Freisinnigen bei den Reichstagswahlen hat keinen einsichtigen Parteigenossen enttäuscht, sondern nur unverbesserbliche Optimisten und politische Kinder. Keinesfalls geben solche Enttäuschungen jemandem das Recht, die Ausführung des Hamburger Beschlusses davon abhängig zu machen.

Der aus drei nicht zutreffenden Erwägungen begründete Berliner Beschluß der Wahlenthaltung bedeutet also im Grunde nichts weiter als das Eingeständnis, daß die Berliner sich durch Parteitag-Beschlüsse nicht gebunden fühlen. Der Schluß, die Berliner wollen sich zur Niederzwingung der Reaktion ausschließlich auf die eigene Kraft verlassen, wird durch den Beschluß selbst zur hohlen Phrase. Auch andere Parteigenossen verlassen sich auf eigene Kraft, darum aber wollen sie sie zur Zurückdrängung des Junkerthums betheiligen, durch Wahlbetheiligung für ihre Ansichten agitiren, als ein mächtiger, oppositioneller Faktor jedes einzelnen Wahlkreises ihre Stimme in die Waagschale werfen und nicht mit gekreuzten Armen auf die Ausübung ihrer wenigen Rechte verzichten. — Der Berliner Beschluß macht es wünschenswerth, die Frage der Theilnahme an den Landtagswahlen auf die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages zu setzen.

„Tribüne“ in Erfurt:

Aus dem Wortlaut der Resolution scheint uns hervorzuheben, daß sie eine Aukerkräftigung des Hamburger Beschlusses beabsichtigt. Die Resolution spricht ganz allgemein von der Sozialdemokratie, und wären ihre Voraussetzungen richtig, so dürfte die Sozialdemokratie keines Kreises sich an den Landtagswahlen betheiligen. Die Entscheidung über die Theilnahme ist aber bereits in Harburg getroffen, und keine Parteiversammlung kann sich als Oberinstanz über die Beschlüsse eines Parteitages aufstehen, selbst wenn sie besser behütet ist, als die Berliner, die die Ränne des Freisinnigen nur zur Hälfte füllten. In allen Kreisen, in denen eine Theilnahme nach Lage der Verhältnisse möglich ist, soll die Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen theilnehmen. Das ist in Harburg beschlossen worden. Mit den Worten: „nach Lage der Verhältnisse möglich“ ist offenbar nur die äußere Möglichkeit der Theilnahme gemeint. Die Ledebour'sche Resolution aber verzieht darunter die innere Möglichkeit der Theilnahme und verneint sie.

Die Versammlung lehnte eine zweite Resolution, die von den Genossen Krons und Heine vertreten wurde, ab, die in Würdigung der Berliner Verhältnisse die Theilnahme zwar ablehnen, gleichzeitig aber die Verpflichtung ausdrücken wollte, die Genossen, die in anderen Kreisen die Theilnahme für möglich halten, nach Kräften zu unterstützen. Diese Ablehnung entspricht dem Geiste der Ledebour'schen Resolution. Wederlich ist ja die Stimmung der Berliner Genossen; viele scheinen wirklich bei den letzten Reichstagswahlen ein anderes Verhalten der Freisinnigen erwartet zu haben und hierzu tritt die Verbitterung über den Verlust zweier Wahlkreise. Das kann aber in keiner Weise die Nichtachtung des maßgebenden Parteitagbeschlusses rechtfertigen. Die Genossen der anderen Wahlkreise werden selbstverständlich unbeeinträchtigt von dem Beschluß der Freisinnigen-Versammlung nach Lage ihrer Verhältnisse über die Möglichkeit einer Theilnahme an den Landtagswahlen entscheiden.

In ähnlicher Weise äußern sich: „Volksblatt für Halle“, „Volkswacht“ in Wiefeld, „Freie Presse“ in Elberfeld, „Norddeutsche Volksstimme“ in Bremerhaven, „Dremer Bürgerzeitung“.

Die Nizdorfer Parteigenossen

erörterten am Donnerstag in einer gut besuchten Parteiversammlung die Frage der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen. Der erste Referent, Reichstags-Abgeordneter W. Heine, erinerte zunächst an die Beschlüsse des Hamburger Parteitages, die entgegen den Auslegungen anderer Parteigenossen, nach seiner Meinung es auch zulassen, daß in Kreisen, wo es an der notwendigen Anzahl geeigneter Wahlmänner mangelt, die Genossen von vornherein für die Freisinnigen stimmen können. Die Theilnahme an den Wahlen selbst, ob auf diese oder jene Art, halte er überall dort für geboten, wo durch ihre Entzeten ein konservativer Reaktions aus dem Felde geschlagen werden kann und die Wahl eines Freisinnigen möglich ist. Die Gründe, die von den Genossen gegen die Wahlbetheiligung angeführt werden, könne er nicht gelten lassen. Weder könne die Schlechtigkeit des reaktionären Wahlsystems dazu bestimmen, auch ferner nur durch Theilnahmelosigkeit gegen dasselbe zu protestiren, noch sei es zutreffend, daß der Klassenkampf durch die Theilnahme in der zulässigen Form an den Landtagswahlen beeinträchtigt werde. Auch die Gründe, daß der Freisinn auf Grund seines Verhaltens insbesondere bei den verflochtenen Reichstagswahlen, sowie wegen seiner feindseligen Stellung gegenüber der Sozialdemokratie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen kein Vertrauen und deshalb keine Unterstützung verdient, sind nicht stichhaltig. Wenn wir die Freisinnigen unterstützen, so doch nicht deshalb, weil wir auf ihren Idealismus und ihre Ehrlichkeit bauen, sondern nur deshalb, weil wir wissen, daß sie aus Selbsthaltung und ihrem eigenen Interesse gegen gewisse Pläne der Reaktion einzutreten gezwungen sind und dadurch uns nützen müssen. Die Ansicht, daß eine Vernichtung bei den Parteigenossen entstehen würde, wenn wir die Freisinnigen, die wir bei den Reichstagswahlen bekämpfen, unterstützen, könne sich nur auf die Willkür unserer Partei beziehen. Auf diese aber so viel Rücksicht zu nehmen, sei angesichts der wichtigen Frage, wer im Landtage herrscht und ob der Landtag der Reaktion ohne weiteres überlassen werden soll, nicht angebracht. Nachdem der Redner noch darauf hingewiesen

hatte, daß man immer mehr bestrebt ist, wichtige Gesetzesvorlagen, die nach der Verfassung zur Kompetenz des Reichstages gehören, dem Landtage zu überweisen und nachdem er noch ausgeführt, daß die Sozialdemokratie bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Macht geltend machen müsse, empfahl er der Versammlung, falls die Verhältnisse im Kreise den Voraussetzungen entsprechen, sich für eine Wahlbeteiligung zu entschließen.

Der zweite Referent, Reichstags-Abgeordneter Hr. Zubeil, wendet sich gegen die Auslegung des Hamburger Beschlusses und führt an, daß mit dem Antrag von Mittag in Zusammenhang mit der Resolution von Bebel es nicht zulässig sei, vor vornherein für die freistimmigen Wahlmänner zu stimmen. Für die freistimmigen einzutreten, die in sozialpolitischen Fragen ebenso reaktionär wie die anderen bürgerlichen Parteien sind und auf die auch sonst kein Verlaß ist, liege keine Ursache vor. Daß das reaktionäre Vereinsgesetz nicht in Kraft trat, sei weniger den freistimmigen zuzuschreiben, sondern vielmehr auf die Unerschlichkeit der Junker im Herrenhause zurückzuführen, denen die Bestimmungen noch nicht genügt. Es sei nicht die geringste Aussicht vorhanden, auch nur einen einzigen Landtagsmitglied durch die Beteiligung an den Wahlen aus eigener Kraft zu erringen und vielfach würde es nicht mal möglich sein, auch nur in der 3. Klasse, die lediglich für uns in Betracht kommt, die nötigen Wahlmänner zu finden. Sogar in diesem Kreise selbst, von dem der Redner das Stimmenverhältnis anführt, seien eine ganze Anzahl von Orten vorhanden, in denen die Aufstellung von Wahlmännern nicht möglich ist. Alle diejenigen, die bei den Reichstagswahlen für uns stimmen und wirtschaftlich abhängig sind, werden durch die Öffentlichkeit der Wahl verhindert, für uns einzutreten, wenn nicht gar gezwungen, unter diesen Umständen für den Konservativen ihre Stimme abzugeben. Der Redner erinnerte an das Resultat der sächsischen Landtagswahl, bei denen die Genossen es mit einem verhältnismäßig weit besserem Wahlsystem zu thun haben und trotzdem nichts erreichen konnten, und an die Wahlen zur Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die, wie der Redner glaubt, sich auch in Zukunft nicht besser für uns gestalten werden. Er schließt aus diesen Voraussetzungen, daß wir keine Aussicht haben, Erfolge bei dem preussischen Landtags-Wahlsystem zu erzielen. Im weiteren giebt er der Meinung Ausdruck, daß die Landtage die Macht nicht mehr erringen werden, die sie hatten, wenn wir unsere Kräfte auf den Reichstag konzentrieren. Der Redner empfiehlt schließlich eine rege Agitation für die Vereinfachung des reaktionären Dreiklassen-Wahlsystems zu entfalten, im übrigen aber die Beteiligung an den Landtagswahlen auch in diesem Kreise abzulehnen und die in Berlin beschlossene Resolution gleichfalls anzunehmen. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich die Genossen Meyer, Thoma und Hoppe gegen die Wahlbeteiligung aus, während die Genossen Würbs und Ritsche für die Beteiligung eintraten und es auch für möglich hielten, daß den Konservativen die beiden Mandate in diesem Kreise entzogen werden könnten. Nachdem noch die beiden Referenten gesprochen hatten, wurde die Berliner Resolution gegen 12 Stimmen von der nur bereits sehr stark gekürzten Versammlung angenommen und damit die Wahlbeteiligung abgelehnt.

Die Genossen von Schmargendorf

erklärten sich in einer gut besuchten Versammlung nach einem Referate Peters und nach lebhafter Debatte für eine von Zug eingebrachte Resolution mit allen gegen drei Stimmen von einer Beteiligung an den Landtagswahlen abzusehen.

Die Kieler Parteigenossen

haben am Donnerstag Abend Stellung zu den Wahlen genommen. Das einleitende Referat hielt Redakteur Ströbel, der sich für die Beteiligung aussprach. Bei der Wahl im Jahre 1893 sei der freistimmige mit 190 Stimmen gegen 218 der Nationalliberalen unterlegen, also nur wenig Stimmen vermöchten Änderung zu bewirken. Die freistimmigen seien doch immer etwas mehr zurecht, als die anderen bürgerlichen Parteien und in Betracht der Wichtigkeit der dem Landtage unterstehenden Befehlsgebung, liege die Stärkung der freistimmigen in unserem Interesse.

Sämtliche Redner sprachen sich in der Diskussion gegen eine Beteiligung aus. Bei den Reichstagswahlen habe der Kieler freistimmige sich so reaktionär gezeigt, daß ein solcher freistimmiger nicht besser wie ein Nationalliberaler sei. Die Stimmung der Versammlung fand dann ihren Ausdruck in folgender, mit circa 100 gegen 6 Stimmen angenommenen Resolution:

„Die heutige öffentliche Parteiversammlung beschließt, sich nicht an den Wahlen zum Landtag zu beteiligen. Die Beteiligung kann zwar den freistimmigen das Mandat wieder verschaffen, doch hat der Kieler freistimmige sich durch seine bisherigen Thaten nur dem Namen nach von den Nationalliberalen unterschieden. Einen Reaktionsär durch einen anderen in Landtage zu erringen, kann nicht im Sinne des Beschlusses des Hamburger Parteitages liegen. Infolge dessen werden sich die Kieler Parteigenossen an den Wahlen nicht beteiligen.“

In Langenbielau

nahm eine sehr gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins gegen 2 Stimmen folgende Resolution an: „Die heute am 24. August stattfindende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Langenbielau und Umgebung spricht sich für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen auf Grund der Aufstellung eigener Wahlmänner aus. Die Versammlung erwartet, daß in möglichster Kürze eine Versammlung des Landtagswahlkreises Reichenbach-Waldenburg stattfindet, die endgültig über diese Frage beschließt.“

Die Anarchisten über die Beteiligungfrage

Die Sozialdemokratie einst und jetzt mit besonderer Bezugnahme auf die preussischen Landtagswahlen, lautete das Thema einer von den Anarchisten einberufenen Volksversammlung am Donnerstag. Ein Herr Lange hatte sich der Mühe unterzogen, unter Schilderung der Entwicklungsgeschichte der Sozialdemokratie, den Beweis zu liefern, daß diese Partei durch den Beschluß über die Beteiligung an den Landtagswahlen auf der höchsten Ebene des Klassenkampfes angekommen ist. Die Mahnung Liebknechts in seiner Rede gegen den Parlamentarismus habe man heute längst vergessen. Es sei unbedenklich, daß irgend ein Parlament der Ausfluß des „bourgeois Volkes“ sein könne. Die Arbeiterklasse-Organisation habe man nur der wohlorganisierten Klasse der sozialdemokratischen Partei, aber nicht dem Reichstage zu verdanken. Die Partei habe ihre Taktik nach rechts und links geändert, ohne einzusehen, daß durch Verlassen des revolutionären Charakters das Funktionieren je mit Erfolg belämpft werden könne. Die weiteren sehr zahmen Auslassungen des Redners wurden von der Versammlung mit höchstem Beifall aufgenommen und da sich trotz mehrfacher Aufforderung ein „Gegner“ nicht meldete, die Versammlung nach etwa einstündiger Dauer geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Die Sammlung, die von dem Landesauschuß der deutschen Sozialisten in der Schweiz zu Gunsten der deutschen Reichstagswahlen veranstaltet worden war und die ein so stattliches Resultat ergeben hat, wird in der bürgerlichen Presse als Beweis dafür angesehen, daß es mit der internationalen Solidarität der Arbeiter nichts wäre, denn aus Frankreich, Oesterreich, Italien, Dänemark und England, wohin so viel deutsches Geld zur Unterstützung von Streiks fließt, sei nichts eingegangen. Unsere Gegner träumen sich ohne Grund. Wenn die deutsche Sozialdemokratie zur Bekämpfung der Wahlkosten die Hilfe der ausländischen Bruderparteien brauchen sollte, dann wird ihr diese nicht fehlen.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ versucht die Art und Weise ihrer Erörterung der Taktik damit zu rechtfertigen, daß es ihr nicht sei, in möglichst scharfen Tönen die Situation zu kennzeichnen, damit die Partei vor der bekannten „abwärtigen Bahn“ gewarnt werde. „Vielleicht glaubten wir sogar“, fragt sie, „die verirrten Schäflein“ selbst zur Umkehr zu veranlassen, wenn wir ihnen das absprechende

„Bild vorhielten?“ Nun, unsere Partei ist kein Schafstall, sondern eine Vereinigung von denkenden Menschen. In den Schafstall mag die Uniformität der Meinungen gehören, die die „Sächs. Arb.-Ztg.“ wünscht, wobei sie natürlich ihre Meinung immer für die richtige hält; zur Durchführung der Bestrebungen unserer Partei genügt die Einseitigkeit des Handelns.

In Genf wurde am vorigen Sonntag Louis Heritier unter Zuehilfenahme von mehr als 1000 Parteifreunden zu Grabe getragen. Aus der ganzen Schweiz waren Delegationen erschienen. 21 umflorte Fahnen wurden im Zuge mitgeführt. Heritier hat nur ein Alter von kaum 36 Jahren erreicht; er ist ein Opfer der Schwindsucht geworden. Das Tagesblatt der schweizerischen Sozialdemokratie, das „Volkrecht“, widmet dem verstorbenen Kämpfer einen Nachruf, dem wir folgendes entnehmen: Heritiers Auftreten in der Arbeiterschaft beginnt mit seinem 16. Jahre, als er, nur mit Primarschulbildung ausgestattet, seine Heimatstadt gegen Paris veranlaßt hatte, wo er während einiger Jahre in Kreisen verkehrte, die sich zu sehr vorgeschrittenen Ideen bekamen. Seine lebendige Intelligenz in Verbindung mit einer Vorliebe für soziale Studien, denen sich eine seltene Uneigennützigkeit beigesellte, stellte ihn bei seiner Rückkehr nach Genf für eine Zeit an die Spitze der Arbeiterbewegung, die sich damals dort zu entwickeln begann. Bei seinem Aufenthalte in Deutschland von 1884-1886 trat er mit den hervorragendsten sozialistischen Führern in Verbindung und es reiste der Entschluß in ihm, in seiner Heimath eine der deutschen ähnliche Organisation zu schaffen. Nach seiner Rückkehr besuchte er dann an der Genfer Universität die Vorlesungen über soziale Wissenschaften, und nach einer abermaligen Abwesenheit kehrte er im Jahre 1890 festen Wohnsitz in Genf, wo er seine Zeit zu Konferenzen, Vorlesungen und zur Abfassung von sozialistischen Broschüren, Beiträgen an Zeitungen und all der tagtäglichen sozialistischen Bedarfsliteratur weidlich hergab. Seit 1892 Mitglied des Kantonsrates, hat man ihm hauptsächlich die Schaffung der Arbeitskammer zu verdanken, deren Unterhalt durch den Staat er erlangte. Infolge seiner Berufung zum Posten des romanischen Arbeitersekretärs trat er ein wenig aus den vordersten Reihen zurück, wobei auch die sich immer mehr entwickelnde Krankheit viel Einfluß ausgeübt hatte. Heritier gehört zu denen, die sich nie ein Dementi gegeben — seine Worte stonde stets im Einklang mit seinen Thaten. Unter der Ägide der Segner und dem aufrichtigen Bedauern seiner Kampfgenossen ist er ins Grab gelegt worden, bedeckt von der roten Fahne, zu der er treu gestanden bis zum letzten Athemzuge.

Volkliches, Gerichtliches etc.

— In Dresden kam gestern Vormittag Reichstags-Abgeordneter Georg Horn aus dem Gefängnis in Juidau an. Am Bahnhofe hatten sich zu seiner Begrüßung gegen 30 Parteigenossen eingefunden, die ihn durch ein Bouquet von roten Rosen erfreuten. Horn sah äußerlich wohl aus. Mit uns heißt die ganze Partei den alten, braven Kampfgenossen herzlich willkommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Tischler Berlin!

Die Tischlerinnung Berlins beabsichtigt Entlassungsscheine einzuführen. Kein Geselle soll Arbeit erhalten, wenn er nicht einen solchen Schein von seinem letzten Arbeitgeber vorzeigen kann. Begründet wird diese Maßnahme mit der Behauptung, daß das Liegenlassen der Arbeit in den letzten Jahren zugenommen habe. Kollegen, wir sind gewiß, keiner von Euch läßt die Arbeit liegen, wenn er für dieselbe einen Preis erhält, der ihn in den Stand setzt, mit seiner Familie menschenwürdig leben zu können. Welcoming er einen solchen Preis nicht, so ist er gezwungen, will er sich nicht das notwendige verlangen, anderweitig Arbeit zu nehmen. Es liegt also in letzter Linie immer an den Arbeitgebern, wenn die Arbeit nicht fertig gestellt wird. An diesen Zuständen ändert auch kein Entlassungsschein etwas. Der Hauptgrund für Einführung der Entlassungsscheine scheint der zu sein, daß die Meister eine Kontrolle über die Arbeiter schaffen wollen. Sie wollen jeden mißliebigen Kollegen, der für geordnete Zustände in der Werkstatt und für die Organisation eintritt, richten, so daß er nirgend Arbeit bekommt. Die Handhabung zur Führung einer schwarzen Liste nach dem Muster der Rühnmänner wollen die Arbeitgeber haben. Kollegen, wir haben die Pflicht, derartige Maßnahmen, die uns in unserem Erwerb hindern und uns eine Verbodnung auferlegen, die an die Anarchisten des Mittelalters erinnern, juridisch zuweisen. Hierzu gehört aber das einige Zusammenstehen aller Kollegen. Die Werkstatt-Vertrauensmänner haben nach Rücksprache mit ihren Auftraggebern einstimmig beschlossen: „Die Arbeitsscheine sind zurückzuweisen. Kommt jeder Kollege diesem Beschlusse nach, so ist der Zweck der Tischlerinnung vereitelt.“

Die Tischlerinnung hat uns den Kampf aufgedrungen, wir nehmen ihn auf. Schaart Euch um das Banner der Organisation, so wird jeder Angriff der Unternehmer abgeköpft und unsere Verhältnisse werden verbessert werden können. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin.

Achtung, Buchbinder, Lederarbeiter etc.! Seit mehreren Wochen sind in Christiania (Norwegen) 200 Kollegen von den Unternehmern ausgesperrt. Es wird nunmehr versucht, die von den ausgesperrten Kollegen angefangene Arbeit in Deutschland fertigstellen zu lassen. In Leipzig ist bereits eine Ladung angekommen. Die Leipziger Kollegen haben jedoch dieses Ansuchen ganz entschieden zurückgewiesen. Es ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß in anderen Orten dasselbe versucht werden wird, vielleicht auch in Berlin. Es versteht sich von selbst, daß auch die hiesigen Kollegen und Kolleginnen jede derartige Streikarbeit energisch zurückzuweisen werden. Sollte in irgend einer hiesigen Werkstätte Arbeit aus Christiania ankommen, so wolle man sogleich Mitteilung nach Antenn 50 gelangen lassen. Noch stehen die 200 Kollegen fest und treu zusammen, noch nicht einer ist abtrünnig geworden; Sorge ein jeder von und dafür, daß niemand in Christiania Arbeit annimmt. Unter fahsiger Flagge verläßt man jetzt durch Inzerale Buchbinder, Lederarbeiter und Tischler dorthin zu laden. Kollegen, beweist Euer Solidaritätsgefühl, damit unsere Kollegen in Norwegen den Sieg erringen! Hoch die Organisation! Die Vertrauenspersonen.

Achtung, Zimmerer! Bei der Firma M. Warlich in Charlottenburg haben gestern, Freitag, sämtliche Zimmerer die Arbeit niedergelegt. Diese Arbeitsstelle ist infolgedessen so lange, bis die Differenzen beigelegt sind, auf das strengste zu meiden. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Achtung, Lederarbeiter! In der F. Bienening'schen Lederfabrik in Elmshorn haben 75 Mann die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands in Hamburg veröffentlicht folgende Beschlüsse an die sächsischen Mitglieder des Verbandes:

„In letzter Zeit ist verschiedentlich an uns die Anfrage gerichtet worden, ob man jetzt, nachdem der § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes gefallen, mit der Gründung von Zahlstellen in Sachsen vorgehen solle. Wir erklären hierzu, daß wir solches aus verschiedenen Gründen zur Zeit nicht für zweckmäßig halten, sondern empfehlen, so lange davon Abstand nehmen zu wollen, bis die nächste sächsische Landeskonferenz der Zimmerer getagt hat.“

Die Firma Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. hat die Forderungen der ausländischen Maurer auf 45 Pf. Stundenlohn bewilligt.

Zum Maurerstreik in Frankfurt a. M. berichtet die „Volkstimme“: „Im Lohnkampf der Maurer, der sich immer mehr zu Gunsten der Ausständigen wendet, haben die Unternehmer wieder für eine

heitere Episode gesorgt, die selbst bei den hiesigen bürgerlichen Blättern höchstes Ersauern und abfälliges Urtheil hervorrief, aber viel zu ernst von ihnen genommen wird. Die Unternehmerorganisation richtete nämlich folgende Eingabe an die hiesige Stadtbehörde:

„Wir nehmen an, dem Magistrat sei es bekannt, daß die Arbeiter der hiesigen Maurergewerkschaft sich zur Zeit im Ausstand befinden und gestatten uns, beigegeben eine Erklärung der ausländischen Maurer zur Kenntnis des Magistrats zu bringen. Wenn wir auf die Ursachen zurückgehen, welche unsere Arbeiter zu derartigen Vorgehen angeregt haben mögen, so greifen wir nicht fehl, hierzu auch den Antrag des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung vom 19. April d. J. zu rechnen, dahingehend, daß die städtischen Druckarbeiten in der Folge nur solchen Firmen zugetheilt werden sollen, welche ein festliegendes Verhältnis mit den organisierten Arbeitern anerkennen. Ruhe es doch auch dem Unbefangenen auffallen, daß in diesem Jahre — ohne daß etwa eine auch nur irgend sich fühlbar machende Besserung der Konjunktur Veranlassung gegeben hätte — im Baugeschäft nacheinander Ausstände der Dachbeder, der Zimmerer und der Maurer stattfanden und mit einer Intensität und Häufigkeit durchgeführt wurden, wie wir sie seit langen Jahren hier nicht kannten. Gemeinwohlverweh hierbei, daß die Bestrebungen der Arbeiter wohl auch auf Verbesserung der Lohnverhältnisse zielen, in der Hauptsache aber auch auf eine Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Arbeitgeber und auf einen dauernden Einfluß der Arbeiterführer gerichtet waren. Gehen doch die Maurer in dem derzeitigen Ausstand so weit, daß sie u. a. folgendes Verlangen stellen (folgt die von den Arbeitern längst geforderte Arbeitsnachweis-Kontrolle während des Streiks). Ined dieser Zeit ist — neben Bekanntgabe der zur Zeit in dem Maurergewerbe herrschenden Verhältnisse — unserer festen Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, daß der Magistrat mit weiteren Anträgen im Sinne desjenigen vom 19. April d. J. in keiner Weise, wie es doch wohl in seiner Absicht liegt, den sozialen Frieden zu heben und zu fördern im stande ist, da — wie unser Beispiel zeigt — mit solchem Vorgehen die in Arbeiterkreisen bestehende Reizung, alle aufzunehmenden Fragen zu stampeln, nur gemehrt wird. Hochachtungsvoll Die vereinigten Arbeitgeber der Maurer im Bezirk Frankfurt a. M.“

Als dieses Schriftstück vollendet war, schreibt die „Volkstimme“, hat sein Urheber wohl nicht geahnt, welchen ungetriebenen Gitterkeits-erfolg es allerwärts hervorbringen werde. Der Zusammenhang zwischen Maurerstreik und Magistratsantrag ist so gewaltig konstruiert, daß die gesündeste Berührung nicht stand hält. Im Buchdruckgewerbe ist ja gerade diejenige Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt, die sich überall erzielen läßt, wenn die Prinzipale nicht solche Startlöcher sind, wie die — Maurermeister. So liefern die Prinzipale des Baugewerbes mit ihrer Eingabe einen Beweis gegen sich und gleichzeitig für die Verwirrung, in die sie ihre unhaltbare Stellungnahme gedrängt hat.

Am Streik der Klempner und Installateure in Kassel sind, wie das „Volkblatt“ mittheilt, 70 Mann beteiligt. Von den übrigen arbeiten 20 Mann zu den neuen und 35 noch zu den alten Bedingungen.

Spanien und Amerika.

Die amerikanischen Friedenskommissare, der bisherige Staatssekretär Day, die Senatoren Davis und Fere, die Richter White und Whitelaw Reid werden, was die Philippinen betrifft, die Abtretung der Insel Luzon, aber nur dieser, verlangen.

Im Widerspruch hierzu steht eine und recht unwahrscheinlich erscheinende Washingtoner Meldung des „Daily Chronicle“, die der „Vossischen Zeitung“ aus London telegraphisch übermitteln wird, wonach England vorge schlagen haben soll, Jamaica gegen ein gewisses Philippinengebiet zu vertauschen. Zwischen Deutschland und England schweben augenblicklich wichtige diplomatische Verhandlungen.

In Zusammenhang hierzu wird gemeldet: Der deutsche Votschaffer Graf Hayfeldt hat fast täglich lange Besprechungen mit Valfour.

Kriegssekretär Alger. Der New-Yorker Korrespondent des „Globe“ meldet, daß Präsident Mac Kinley sich gegenwärtig besonders mit den Beschuldigungen der Generale Shafter und Miles gegen den Staatssekretär Alger beschäftige. Mac Kinley hat Alger aufgefordert, seine Demission zu geben. Es wird ein Untersuchungsrath gebildet, um die Sache klar zu stellen.

Die Insurgenten auf Kuba. Die aus Havana und Santiago in New-York einlaufenden Telegramme bestätigen, daß die Insurgentenführer vollständig nach eigenem Gutdünken zu handeln beabsichtigen und um die Einmischung der Amerikaner betreffs der Räumung Kubas sich nicht kümmern wollen.

Mitglieder der kubanischen Junta erklärten, daß man sich bei der amerikanischen Regierung ganz gewaltig täusche, wenn man glaube, daß die kubanische Junta nicht ein Wort bei den Friedensverhandlungen mitzusprechen habe.

Die spanischen Kriegskosten. Die „Gaceta de Madrid“ theilt mit, daß die Kosten des Feldzugs auf Kuba vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. 447 269 450 Pesetas betragen. —

Die Rückbeförderung der spanischen Truppen. Die Aus-schiffung der von Kuba nach Corunna zurückbeförderten spanischen Soldaten wird weiter fortgesetzt und bietet einen wahrhaft traurigen Anblick. In den letzten 24 Stunden starben acht Soldaten.

Der frühere Oberkommandirende in Santiago de Cuba, General Toral, meldete telegraphisch nach Madrid, daß General Martis mit weiteren 2000 spanischen Soldaten, welche in die Heimath zurückgeschafft werden, Santiago verlassen habe.

Der spanische Ministerrath hat beschlossen, an den Admiral Cervera einen Fonds zum Besten der Gefangenen zu senden. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stimmern, 26. August. (W. Z. V.) Antliches Wahleresultat bei der Reichstags- und Landtagswahl im Wahlkreise Kreuznach — Stimmern wurden im ganzen 8763 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Prof. Dr. Baasche (nack.) 8283 Stimmen, Prof. Dr. Birchow (fr. Sp.) erhielt 207 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Leuberg, 26. August. (W. Z. V.) In Podvoloczhen stehen die in der Vorstadt Rezierna gelegenen Eisenbahnmagazine in Flammen. Man nimmt als sicher an, daß böswillige Brandstiftung vorliegt, da viele Hausbesitzer in letzter Zeit anonyme Briefe erhielten, worin die völlige Einäscherung von Podvoloczhen angedroht wird. Da in dieser Gegend neuerdings zahlreiche Brände zum Ausbruch gekommen sind, so befinden sich die Bewohner in großer Angst und Aufregung.

Paris, 26. August. (W. Z. V.) Präsident Faure richtete anlässlich der Wiederkehr des Tages seines vorjährigen Besuchs in Russland folgendes Telegramm an den Kaiser von Russland: Die vorjährige Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin von Russland an Bord des „Polhuau“ und die bei dieser Gelegenheit unter dem Schutze unserer Flagge auf der Höhe von Kronstadt ausgetauschten Erklärungen sind für uns zu theurer Erinnerung, als daß ich die Wiederkehr jenes Tages vorübergehen lassen könnte, ohne Euer Majestät von neuem die Versicherung meiner lebhaftesten Dankbarkeit für den mir als Präsident der französischen Republik bereiteten Empfang zu geben. Unsere Gefühle sind unverändert und ich bin heute wie damals der treue Dolmetscher der französischen Wünsche in Volles, wenn ich Euer Majestät den Ausdruck der heißen Wünsche wiederhole, welche wir für Ihr Glück und das der kaiserlichen Familie, wie für die Größe Russlands hegen.

Paris, 26. August. (W. Z. V.) Das Untersuchungsgericht gegen Esterhazy ist heute nicht zusammengetreten, da die Zeugen nicht zur Stelle waren. — Verschiedene Generäle fahren fort, Wünsche zur Beendigung der Drehfus-Kampagne zu äußern.

Fünfter Verbandstag des Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes Deutschlands.

Mannheim, 25. August.

Heute Vormittag wurde die Diskussion über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes wieder aufgenommen. Die Hauptdebatten drehten sich um das Verfahren der preussischen und sächsischen Polizei, welche immer und immer wieder die Zahlstellen des Verbandes zu politischen Vereinen zu stampeln sucht. Sonst handelte es sich nur um interne und Agitationsfragen. Hervorzuheben ist, daß von den 9377 M. Streikunterstützungen nach Ausführung des Verbandsvorjahres nur 3413,40 M. für Streiks im Schneidergewerbe und 6163,76 M. für Streiks in anderen Verufen veranschlagt wurden. Das Resultat der Debatte gipfelte in dem Beschluß, den Vorstand zu beauftragen, er solle erwägen, ob es nicht möglich ist, einige Kollegen (eventuell mit laufender Unterstützung aus der Verbandskasse) in Ost-, Westpreußen und Posen anzusiedeln, um auch dort festen Fuß zu fassen. Als Orte hierfür kommen in Betracht Danzig, Königsberg, Memel und Posen. Auf Antrag Reichhaus' wurde beschlossen, diesen Vorschlag auch auf andere Teile Deutschlands ausdehnen, in welchen die Konfektionsbranche viele Arbeiter hat, die Organisation aber keine Fortschritte machen will.

In der Nachmittags-Sitzung wurde über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung resp. der Erweiterung des Unterstützungsweises beraten. Sabbath-Hamburg legte in eingehendem Vortrage die Notwendigkeit der Erweiterung des Unterstützungsweises dar, wodurch dem Mitgliederbestande der Organisation mehr Stetigkeit verliehen werden würde, zeigte die Möglichkeit der Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung an der Hand der Berechnung v. Elm's über die Organisationen, die die Arbeitslosen-Unterstützung schon eingeführt haben, die Einführung dieser Unterstützung würde auch viel dazu beitragen, die gegenseitige Solidarität durch die Arbeiter selbst hintenan zu halten. Ebenso behauptete er die Einführung seiner Krankenunterstützung, die in Form eines Anschusses zu leisten sei.

Reichhaus' Vortrag ist zwar kein prinzipieller Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung, bezweifelt aber ihre Durchführbarkeit im Schneiderverband, zumal bei den Konfektionsarbeitern. Er halte es für absolut ausgeschlossen, daß der Schneiderverband die obligatorische Arbeitslosen-Unterstützung ohne eine ganz nennenswerte Erhöhung der Beiträge einführen könne. Diese Beitragserhöhung aber würde einen großen Teil der Mitglieder kosten. Außerdem bestehe die Gefahr, daß der Verband um so weniger schlagfertig werde, je mehr das Unterstützungsweises überhand nehme. Er schlage die fakultative Arbeitslosen-Versicherung vor, deren Ergebnis dem nächsten Verbandstag das Material zu weiterer Verhandlung bieten werde.

In der Diskussion, die den Rest des Tages ausfüllte, sprach sich die größere Anzahl der Redner gegen die Arbeitslosen-Versicherung aus.

Verstärkend sei noch mitgeteilt, daß die 10 000 Mitglieder des Verbandes sich auf 220 Orte verteilen, nicht, wie es im gestrigen Bericht hieß, auf 22.

Kommunales.

Die städtischen Abladeplätze haben auch im Rechnungsjahr 1. April 1897/98 mit einem Defizit von 28 780,81 M. abgeschlossen, da die Gesamtansgaben 55 611,80 Mark betragen, denen nur Einnahmen in Höhe von 26 830,98 Mark gegenüberstehen. Im Etat war angenommen, daß 30 000 Tonnen Hausmüll auf den städtischen Wägen abgeladen werden würden und eine gleiche Menge von den Einladungsplätzen vor dem Stralauer Thor nach Spreehafen zu verschiffen sein würde, außerdem waren noch 22 000 M. zur Verschiffung eines Teils des auf dem Abladeplatz vor dem Stralauer Thor lagernden alten Hausmülls vorgesehen. Tatsächlich sind jedoch nur 11 735 Tonnen Müll abgeladen und 8815 Tonnen verschifft worden. Hieraus erklären sich sowohl die Mindereinnahmen als auch das obige Defizit. Die Schuld der Abladeplätze, welche in dem Vorkusse besteht, der dem Konto aus den Mitteln der Betriebsfonds der Hauptkasse der städtischen Werke gewährt ist, hatte am Jahreschluß 1896/97: 377 090,95 M. betragen; dieselbe ist Ende März 1898 auf 405 861,56 M. gestiegen. Von dem Bau eines Müll-einladeplatzes am Südufer, wofür die Mittel im Etat bereits zur Verfügung gestellt sind, ist unter den obwaltenden Verhältnissen vorläufig Abstand genommen worden. Die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen in Beziehung auf das Müllabfuhrwesen werden hoffentlich zu dem Resultate führen, daß der hohe Vorkuss aus den Wägen der Abladeplätze künftig verschwindet.

Lokales.

Die Parteigenossen des fünften Berliner Wahlkreises arrangieren am Sonntag, den 28. August, zur Laskalle-Feier einen Ausflug nach Johannisdal. Abfahrt 8 Uhr vom Bahnhof Alexanderplatz. Treffpunkt für Radfahrer im Lokal von Mertens, Koanstraße 2.

Schweres Erdbeben in diesen Augusttagen die Verkäuferinnen in den Selterwasserbuden. Diese höchstnennenswerten „Trinkhallen“ genannten Stätten bieten der Verkäuferin gerade nur so viel Raum, daß sie zwischen dem Tisch und den Wänden sich bewegen kann. Auf freien Plätzen stehen diese Buden, so daß die Sonne mit voller Gewalt auf ihnen dröhrt. Welche Temperatur sich in solchem Holzstübe entwickeln mußte, kann man sich leicht vorstellen. Man braucht nur an die Hitze zu denken, die an solchen Tagen die Eisenbahnwagen durchschlägt. Keiner, dem beim Besiegen eines Attheils der Stadtbahn die darin herrschende Luft nicht schier den Atem geraubt hätte. Und dabei bringt die Bewegung des Zuges einige Abkühlung, die der fest verankerten Baracke natürlich nicht zu teil wird. Und auf diesem Glührost waren dank des „freien Arbeitsvertrages“, den noch kürzlich im Rathhause eine Leuchte der freisinnigen Partei, Herr Hugo Sachs, gelegentlich des Antrags unserer Partei, die Arbeit soll bei ihren Arbeitern und ihren Bekannten die Beschäftigungszeit normieren, als eine hohe Ertragskraft petes, die nicht angetastet werden dürfe — also dank dieses „freien Arbeitsvertrages“ waren die Mädchen angeschmiebt — ei, lieber Peter, wie lange glaubst Du wohl? — Mitternacht war der ruhende Pol für des Schließens verschiedene Zeit. Erst um 12 Uhr entschied es sich, ob nun „bald“ oder erst um 1 Uhr die Erlösung nahte. Die Mädchen dürfen nämlich nicht selbst zumachen. Es wird ihnen von der Direktion feierabend geboten. Sie haben darüber gar keine Machtbefugnis, sondern müssen hinhin warten, bis der hierzu Beauftragte der Gesellschaft erscheint. Wenn dies geschieht, hängt nun lediglich von den Umständen ab, die in den letzten Wochen ganz besonders günstig lagen — für die Trinkhallen-Gesellschaft. Für die Verkäuferin aber hatte die Sache ein anderes Gesicht. Sie, die um 7 1/2 Uhr früh die glühende Baracke betrat, hatte nicht Hände genug, die Durstigen, die sich herandrängten, zu besänftigen. Da gab es kaum Zeit, Luft zu schöpfen, viel weniger um auch nur mit einiger Ruhe etwas zu genießen. Und so ging es fort bis Mitternacht und noch darüber hinaus, ohne Abkühlung!

Es waren denn auch einige Mädchen diesen Anstrengungen nicht gewachsen und erkrankten. Das beste aber sparten wir uns bis zuletzt auf. Für diesen unmenslichen Dienst, der übrigens nur alle vier Wochen einen Erholungstag kennt, giebt die Gesellschaft den gewöhnlichen Tageslohn von 1,70 M., der im Winter auf 1,90 M. sich verringert!

Ueber die Benutzung der städtischen Desinfektionsanstalt bringt der erst jetzt erschienene Hauptverwaltungsbericht des Magistrats pro 1896/97 wieder die alten Klagen, denen wir schon seit einer Reihe von Jahren immer aus neuen in diesem Berichte begegnen. Es macht dem Magistrat Sorge, daß die Anstalt nach wie vor von der ärmeren Bevölkerung viel weniger in Anspruch genommen wird, als von den Wohlhabenden. Von 6440 Inhabern der desinfizierten Wohnungen beziehungsweise Eigentümern der desinfizierten Sachen wohnten 6289 in Berlin, von letzteren in Vorderhäusern 4090 = 65 pCt. (Vorjahr: 63 pCt.), in Hinterhäusern 2199 = 35 pCt. (Vorjahr: 37 pCt.). In der in diesen Zahlen bemerkbaren Abnahme der Desinfektionen in Hinterhäusern sagt der Bericht: „Dies Resultat dürfte mit darauf zurückzuführen sein, daß die in den Vorderhäusern wohnenden, wohlhabenderen Leute, denen es auf die Kosten weniger ankommt, häufig auch bei Krankheitsfällen, welche nicht gerade ansteckender Natur sind, die Desinfektions-Anstalt in Anspruch nehmen. Während die gutsituierten Klassen der Einwohner gewöhnlich aus eigenem Antriebe desinfizieren lassen, so geschieht dies bei den ärmeren Volksschichten zumeist erst auf Grund polizeilicher Anordnung.“ Wenn doch der Magistrat endlich die allein vernünftige Konsequenz aus dieser Einsicht ziehen wollte! Wäre die Desinfektion allgemein unentgeltlich, dann würden wahrscheinlich auch diejenigen Volksschichten, denen es, wie in vielen anderen notwendigen Dingen, so auch bei der Gesundheitspflege leider sehr „auf die Kosten ankommen“ muß, mehr als bisher und freiwillig die Desinfektionsanstalt benutzen. Gewiß, die Unentgeltlichkeit wird bei geringem Einkommen oder Bedürftigkeit gewährt; aber es bedarf dazu doch immer erst eines Antrages, und es ist am Ende nicht nach jedermanns Geschnack, sich den mancherlei Scherereien aussetzen, mit denen solche Gesuche verbunden zu sein pflegen. Zweifellos mit aus diesem Grunde verzichten — bedauerlicher Weise! — so viele auf eine Maßregel, die hygienisch überaus wichtig und notwendig ist, die nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern auch in dem der gesamten Bevölkerung liegt, die aber eben deshalb nicht dem Einzelnen noch Kosten verursachen dürfte. Aus der Gruppierung der Wohnungsinhaber u. s. w. nach „Stand und Beruf“ ergibt sich, daß die Arbeiter und Gewerbegehilfen nur mit 1841 = 28,6 pCt. (Vorjahr: 22,8 pCt.) darunter vertreten waren. Der Bericht weist darauf hin, daß auch hieraus ersichtlich sei, daß die Anstalt von den wohlhabenden Klassen der Bevölkerung viel häufiger in Anspruch genommen wurde als von den Winderbemittelten. Welche Gefahr sich daraus für die Volksgesundheit ergibt, das lehrt die Uebersicht über die verschiedenen Krankheiten, die zu den Desinfektions-Veranlassungen gaben. Die meisten Desinfektionsfälle kamen auf akute Desinfektionskrankheiten, bei denen die Desinfektion polizeilich vorgeschrieben ist, speziell auf Diphtherie allein 8297, mehr als die Hälfte. Wegen Schwindbucht aber wurde nur 331 mal (Vorjahr: 682) desinfiziert, 139 mal Wohnungen mit Sachen, 385 mal nur Sachen, 40 mal Krankenwagen. „Wegen der Gefährlichkeit der Krankheit“, sagt der Bericht, „ist es zu beklagen, daß nicht in allen Fällen die Desinfektion der Wohnungen verlangt wurde.“ Noch mehr ist zu beklagen, daß überhaupt nur selten bei Schwindbucht desinfiziert wird. (In Berlin sterben jährlich gegen 4000 Personen an Schwindbucht.) Die Reichen lassen auch bei nicht ansteckenden Krankheiten desinfizieren, die Armen nicht einmal bei schwerster Klimateilungsgefahr.

Die Uebersetzung der Grunerstraße, vom Polizeipräsidenten am Alexanderplatz unter der Stadtbahn hindurch nach der Neuen Friedr.straße, ist bereits soweit vollendet, daß Fußgänger wenigstens während des Tages dieselbe passieren können. Diese Uebersetzung ist bereits gleich der Verlängerung der Schäferstraße beim Bau der Stadtbahn vorgesehen worden, es wurde zu diesem Zwecke gegenüber der Grunerstraße ein Stadtbahnbogen von Straßenbreite angelegt. Dieser bildete dieser Bogen den siedenden Saal des „Veralteten“, der im Sommer als Garten benutzt wurde. Die alsbaldige und verhältnismäßig saubere Ausführung des alten Projectes ist auf den Neubau des Amtsgerichts 1 zurückzuführen, welcher auf die fiskalischen Grundstücke Neue Friedr.straße 14—17 ausgedehnt ist und direkt an dem neuen Straßenzuge liegt, für welchen die der See-Handlung gehörigen Grundstücke 18 und 19 niedergelegt worden sind.

Eine noble Gesellschaft. Der Sattler Schröder, der am 10. Juli des Jubiläum seiner 25jährigen Dienstthätigkeit bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft feierte, hat jetzt endlich seitens der Direktion eine Anerkennung erhalten. Er erhielt für seine treue 25jährige Thätigkeit ein Präsent in bar und zwar in der Höhe von 25 M. Der Jubilar soll sich zu dieser Spende tief gefreut haben.

Die Chausseearbeiten in dem unteren Theil der Greifswalderstraße, die schon zu so zahlreichen Beschwerden Veranlassung gegeben haben, werden jetzt endlich beseitigt werden. Gegenwärtig ist mit der Regulierung der Greifswalderstraße von der Danzigerstraße bis zur Verbindungsbahn begonnen worden. Der Straßenzug erhält bis dahin eine 8 Meter breite Promenade und zwei je 5 Meter breite Fahrdämme, die sofort mit endgültigem Pflaster versehen werden. Jenseits der Verbindungsbahn kam die Straße noch nicht reguliert werden, weil die Stadtbahnbrücke nicht in genügender Breite angelegt ist.

Gänzlich zusammengebrochen ist die allgemeine deutsche Kredit- und Effekten-Versicherungsbank (Gesellschaft m. b. H.), deren Geschäftstotal in der Friedrichstr. 25/26 und an der Ecke der Markgrafen- und Kochstraße lagen. Die Aktien sind gezeichnet von Moritz Meyer und enthalten theilweise die Angabe, daß Eugen Lads mit 60 000 M. die Bank-Kommandit-Gesellschaft von Kupp u. Co. mit 420 000 M. beteiligt sei. Die Klagen brachen bald zusammen, und die ihnen abgepfändeten Antheilscheine wurden auf Pfandkammern in der Neuen Schönhäuser-, Brenzlauerstraße u. s. w. öffentlich meistbietend verkauft. Anfangs — vor etwa 3 Monaten — brachten zwei Antheilscheine über je 500 M. noch 60 bis 80 M. ein, zuletzt wurden sie mit 6 M. verkauft. Das mußte natürlich ausfallen. Als man sich nun nach den Werthen umfah, fand man die großartig eingerichtete Geschäftsstelle im 1. Stock in der Kochstraße bereits vom Gerichtsvollzieher ausgeräumt. Heute werden die Räume geschlossen. Die Hauptmacher sind natürlich rechtzeitig ausgeflogen. Moritz Meyer ist nach einer Auskunft an der Geschäftsstelle schon seit vier Wochen, Eugen Lads seit acht Wochen verschwunden. Lads hat sich unter dem Vorgeben, nach Karlsbad gehen zu wollen, unauffällig entfernt. Ein Konkurs kann nicht ausbrechen, weil überhaupt keine Masse vorhanden ist. Die Schulden sollen sich auf Millionen belaufen.

Ein umfangreicher Diebstahl ist in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag in dem Waarenhause von Werheim in der Leipzigerstraße ausgeführt worden. Mehrere goldene Uhrenten, ein goldenes Kollier, Ohringe mit Brillanten, 6 Uhren, darunter eine schwere goldene Kapselfuhr, und noch andere weniger werthvolle Schmuckgegenstände sind dem Diebe in die Hände gefallen. Außerdem hat derselbe auch drei Paar Stiefel mitgehen lassen. Mit welcher Ruhe der Dieb gearbeitet, geht daraus hervor, daß derselbe, ehe er die ihm passenden Stiefel herausgefunden, mehrere andere Paare anprobirt hat. Bei der äußerst strengen Kontrolle, die in dem Waarenhause geübt wird, ist es ungreiflich, wie der Diebstahl möglich geworden; da aber weder Thüren noch Außen erbrochen, noch sonst wie Anzeichen darauf schließen lassen, daß der Dieb von der Straße sich Eingang in das Geschäft verschafft, ist die Annahme, daß der Dieb im Hause zu suchen ist, nicht von der Hand zu weisen. Unter dem Personal herrscht natürlich große Aufregung, die noch gesteigert worden ist durch die von den Besitzern bekannt gegebene Absicht, demjenigen Angestellten, der zur Ermittlung des Diebes beiträgt, 200 M. Belohnung zu gewähren.

Der spanisch-amerikanische Krieg hat hier in Berlin ein Opfer gefordert. Die Porträtmalerin Dannenberg vom Georgen-

kirchplatz 22 wurde vor mehreren Jahren von ihrem Mann, einem Expediteur, verlassen. Er ging nach Amerika, wo er wieder verheiratet ist. Von dort aus veranlaßte er den jüngeren der beiden Söhne, ihm zu folgen. Der Sohn fand sich aber in seinen Erwartungen getäuscht und theilte der Mutter mit, daß er sich habe für den Krieg anwerben lassen. Das Ausbleiben weiterer Nachrichten und die Anstrengung bei der Arbeit machten die Mutter nervös. Sie äußerte, der Sohn werde ihr das Leben kosten. Freitag Vormittag zog sie eine Radbarin in ihre Wohnung, wo sie sich eine Kugel in die linke Brust geschossen hatte. Noth hatte sie nicht.

Dem Linsen-Theater war es beschieden, unsern niedergehenden Theaterleben eine neue Kraft zuzuführen. Die Spezialitätenbühnen waren so hochst, den anderen Bühnen die besten Kräfte zu entziehen. Jetzt hat das Linsen-Theater sich und alle anderen Bühnen dafür gerächt, indem es den Spieß umdrehte und den Verwandlungs-künstler A. Kugelotti in seine Räume zog. Da er am Donnerstag mit seiner kleinen drohigen Szene „Entdeckt“ großen Beifall fand, können wir hoffen, daß nun endlich eine neue, glänzende Acta für unsere Schauspielbühnen anbricht und die Kunst wieder zu ihren Rechten kommt. Denn Herr Kugelotti weiß sich mit einer solchen verblüffenden Schnelligkeit von einem Beamten in eine Frau, einen Studenten und einen Diener in bunter Reihe zu verwandeln, daß damit eine angenehme Unterhaltung geboten wird. Auch das folgende dreitägige Volksstück „Seine Puppe“ von Max Schönuau wurde vom Publikum freundlich aufgenommen. Und mit recht! Siegt doch die Tugend; das böse Laster erhielt seine gerechte Strafe und unglückliche Menschen sungen frivole Klouplets, wie das nun einmal in allen, mit naiver, ungeschicklicher Fertigkeit produzierten „Volksstücken“ sein muß. Im übrigen hat das Stück eine löbliche nachahmenswerthe Tendenz; ein leichtfertiger Bengel bringt das mühsam erarbeitete und ersparte Geld seiner Eltern durch. Zuletzt arbeitet er aber wieder und erhält zum Lohn eine Frau. Die an manchen Stellen sehr hübsche Ausstattung und das über dem Maß der Vorstadt stehende flotte Spiel machte einen guten Eindruck.

Straßenverengung. Die Hofsäger-Allee vom Großen Stern bis zur Thiergartenstraße wird behufs Neubeschüttung der Chaussee vom 20. d. M. bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt; desgleichen das Rudufer von der Himmstraße bis zur Anwarstraße vom 20. d. M. ab bis auf weiteres, die Brangelstraße von der Zeughof- bis zur Stallgerstraße vom 20. d. M. ab bis auf weiteres und die Bahstraße von der Prinzen-Allee bis zur Gropiusstraße einschließlich der Kreuzdämme vom 20. d. M. ab bis auf weiteres.

Unglücksfälle. Im Donnerstag Mittag wurde in der Spree, am Mühlendamm, die fast völlig verweirte Leiche eines unbekanntes Mannes gelandet und nach dem Schauhause gebracht. — Auf der Treppe des von seiner Schwiegermutter bewohnten Hauses in der Teltowerstraße verlor sich nachmittags der mit seiner Ehefrau in Schiedung liegende 38 Jahre alte Schreiber H. durch zwei Schüsse in den Kopf sich zu tödten. Der anscheinend schwer Verletzte fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme. — Die seit einiger Zeit gemüthstränke Raherin Rosalie H. wurde nachmittags in ihrer Wohnung in der Pädlerstraße erhängt vorgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — An der Beckenallee-Brücke stürzte abends der Antiker Julius Sahm beim Durchstreifen der auf seinem Kollwagen befindlichen Papierballen herab und trug einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davon.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen erfolgten in der Nacht zum Freitag. Sirelligerstr. 14 waren Preshohlen in Brand gerathen, während Ruppinerstraße 21 Wände in Flammen aufging. Langestr. 102 mußte ein Zimmerbrand abgelöscht werden, der Möbel und Gardinen zerstörte. Mühlenerstr. 9 war ein unbedeutender Küchenbrand zu beseitigen. Freitag früh 1 Uhr brante Riegelstr. 2 die Schaaldecke. Gegen 7 Uhr erfolgte Alarm nach Schöndelstr. 15, wo der Fußboden und die Walfenlage Feuer gefangen hatten und zum größten Theil aufgerissen werden mußten. Mittags 11 Uhr wurde die Wehr nach R o r i g str. 8 gerufen. Hier standen Betten und Kleidungsstücke in Flammen. Eine Stunde später mußte Barunistr. 2 ein Dachstuhlbrand abgelöscht werden, der rechtzeitig bemerkt war und daher schnell gedämpft werden konnte. Nur ein kleiner Theil der Dachkonstruktion wurde eingestürzt.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schöneweide. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal von Hagerland eine Versammlung des Arbeiterbildungsvereins statt, in der Genosse H. Haber einen Vortrag über „Glauben und Wissen“ hält. Gäste sind sehr willkommen.

Rixdorf. Apollo-Theater, Hermannstraße 48/50. Sonntag, den 28. August, d. J. nachmittags: Laskalle-Feier, arrangirt von den Parteigenossen Rixdorfs. Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Auführungen der Gesangsvereine „Arion“, „Grüne Eiche“, „Melodia“, „Schneeblöcher“, „Treu und Einigkeit“. Im Saale von 6 Uhr ab Tanz, arrangirt vom sozialdemokratischen Verein Vorwärts. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Kinder-Fahrlug, Stadlaternen gratis. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 28. d. M. im Lokale des Herrn Störr in Pankow, Mühlenerstr. 24, ein Volksfest stattfindet. Wir eruchen die Parteigenossen obiger Ortschaften, recht zahlreich daran theilzunehmen. Das Komitee.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 28. August, findet im Restaurant Eiseller die diesjährige Laskalle-Feier statt. Die Genossen werden erucht, mit ihren Familien zahlreich zu erscheinen.

Die Junkende an der Grenze Berlins und Weisenfer's verdienen, daß von seiten der Polizei diesen Dingen etwas mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird. Es befindet sich dort das sehr ausgedehnte, dem Kaufmann Emanuel gehörige Fabrikgrundstück Greifswalderstraße 140/141. In den auf diesem Grundstück befindlichen Fabriken existirt zum theil das sogenannte Tommenhystem. Sind diese gefüllt, so werden diese auf dem noch unbebauten Theile des Grundstückes einfach in hierzu gegrabene Löcher entleert und in mangelhafter Weise mit Erde bedeckt. Dieser unbedeutende Theil des Grundstückes liegt aber in großer Nähe von Arbeiterwohnungen und außerdem dient dieser Platz einer großen Zahl von Kindern als Spielplatz. Es bedarf keines Hinweises, daß in gesundheitlicher Beziehung obige Gepflogenheiten als Uebelstände, auf deren Beseitigung etwas gethan werden muß, bezeichnet werden müssen.

Die Angelegenheit der Stadtrechtsverleihung an die Gemeinde Rixdorf gab der dortigen Gemeindevertretung in ihrer gestrigen Sitzung Anlaß zu einer sehr lebhaften längeren Verhandlung. Die zur Vorbereitung der erforderlichen Schritte eingesezte Kommission hat vor kurzem in der Sache mit dem Landrath St u b e n r a u h eine Besprechung gehabt, in welcher sich der letztere einer Verleihung der Stadtrechte an Rixdorf durchaus geneigt zeigte, und dabei erklärte, daß mit derselben Einmüthigkeit, mit welcher sich die Rixdorfer Gemeindevertretung für die Erhebung ihres Ortes zur Stadt ausgesprochen habe, jedenfalls auch der Kreisrath sich für die Verleihung dafür stimmen würde. Ferner jedoch habe der Landrath hervorgehoben, daß die Angelegenheit wesentlich beschleunigt werden würde, wenn sobald wie möglich auch die Frage der später beim Ausscheiden Rixdorfs aus dem Kreise von der Stadt an diesen zu zahlenden Abfindungssumme geregelt würde, und der Landrath habe der Kommission gerathen, sich alsbald auch mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Wenn auch die Verleihung der Stadtrechte von dieser Auseinandersetzung mit dem Kreise vollkommen unabhängig sei, so würden die dazu nöthigen Ermittlungen und Feststellungen der finanziellen Leistungs-

G. 13. Ihnen, der Sie nicht kommen sind, im Briefkasten Antwort in Privatangelegenheiten zu erhalten, liegt keine Veranlassung vor. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. — W. G., Steglitz. 1. Armenunterstützung ist lediglich auf die Bedürftigkeit zu geben. Ob die Armenunterstützung sich nachher an Verwandte zwecks Zurückzahlung des Betrages wenden kann, ist für die Frage der Stange von Armenunterstützung gleichgültig. 2. In der Mark Brandenburg leben die Eheleute außerhalb der

Gütergemeinschaft. — A. G. Die Mutter ist im Recht. — G. A. 10. 1. Nein. 2 bis 5 und 7 durch 1 erledigt. 6. Ja; nur darf der Verein kein Versicherungsverein durch die Statuten werden, sonst unterliegt er polizeilicher Genehmigung. — A. N. Ausdruckslos. — G. S. Ruhland. Soweit ohne mündliche Darlegung verständlich, handelt es sich um eine nach russischen Gesetzen unzulässige, in Russland geschlossene Ehe. — C. M. Falls nicht anders vereinbart, ist nur die Gebühr eines Anwalts zu berechnen. — S. 4. 129. 1. Nein, nur für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden können die Beiträge für Invaliditäts- und Krankentafel bei der Lohnzahlung abgezogen werden. 2. Antrag auf Befreiung wegen Verleumdung, Körperverletzung u. dgl. innerhalb 3 Monaten nach Kenntnis erfolgen. — J. Darin liegt keine Verleumdung. — A. 27. Das ist im Raum des Briefkastens nicht angeht. — P. 3. 67. Ihr Freund hat unrecht.

Am Donnerstag, den 25. d. Mts., nachm. 1/2 Uhr, verstarb plötzlich infolge Gehirnschlags mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Schlosser **Hermann Steinfeldt** im Alter von 44 Jahren. Tiefbetrauert zeigt dies mit der Bitte um stille Teilnahme an 610b Berlin, den 26. August 1898. Im Namen der Hinterbliebenen: Frau Marie Steinfeldt, geb. Röh, Schulstraße 57. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban und nach dem Razareth-Kirchhof in der Seestraße statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 27. August:
Neues Opern-Theater (Kroll). Faust und Gretel. Die Puppen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Gebildete Menschen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Dr. Jago. Bilder: Im Neulage. Anfang 7 1/2 Uhr.
Dechen. Die Hausbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Bekannter. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Vorher: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturhistorische Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Hypothek. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater

Die Geisha
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. M. Meyer und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Dr. Kapellmeister G. Goldmann. Kassen-Öffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

Luisen-Theater

Seine Puppe.
Bolschäki in 3 Akten nach dem Französischen v. Max Schönhau. Musik von Fritz Krause. Sprechst. zum 3. Male: Auftreten des ersten deutschen Verwandlungs-Schauspielers

A. Angelotti

Die Komponisten
Musikalischer Scherz von A. Angelotti.

INDIEN

Carl Hagenbeck's Ausstellung am Kurfürstendamm.

INDIEN

Schaustellungen I. d. Arena: Wochentags 6 und 8 Uhr; Sonntags 4, 6 und 8 Uhr.

INDIEN

Vorstellungen im Indischen Theater 4, 5, 7, 9 Uhr nachm.

INDIEN

Ab 4 Uhr nachmittags: Gr. Militär-Doppel-Konzert.

INDIEN

Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

INDIEN

Carl Hagenbeck's Ausstellung am Kurfürstendamm.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Adalgis.
Kdalgis: Adolf Hoffmann. Schiedberger: Adolf Hoffmann. Anfang: Sonntag 7, Wochent. 8 Uhr

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu! Alpenglühn.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Major Graf Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Sonnabend, 3. Septbr. 1898:
Wiedereröffnung des neu renovierten
Riesen-Theaters.
Gr. Fest-Vorstellung
Auftreten des neu engagierten Spezialitäten- und Schauspiel-Ensembles.
Neu! Zum 1. Male: Neu! 's ist unheimlich!
Original-Barbede mit Gesang. Hauptrollen: Winkler und Fröbel.
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Weg).
Garten resp. Saal.
Täglich
bis Sonntag, 11. September:
Stettiner Sänger
(Meyer, Vieto, Britton, Ziehl, Krone, Höhl, Schneider und Schröder).

Victoria-Brauerei

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Heute Sonnabend, den 27. August:
Benefiz-Vorstellung für die Handtabelle.
Nur einmalige Aufführung:
Hôtel Klingebusch.
Vollständiges mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Knebel und Jacobson.
Vorher: Auftreten von Spezialitäten.
Ränker 1. Rang.
Im Saal: Gr. Sommerachtsball.
Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Ind.: H. Pierry.
Heute: Gr. Extra-Vorstellung
Anf. 6 Uhr. Ball. Entree 30 Pf.
Avis! ab: Beginn der Wintersaison.
Zum 1. Male:
Ihre Familie.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Georg Engels und Stinde.
Die Vorstellungen finden nur Dienstag, Donnerstag u. Sonntag statt.

Volks-Theater im West-Restaurant

Dresdener-Strasse 97.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Auge.
Pöse mit Gesang v. E. Braune.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 20 Pfennig.
Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kallg.

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: Die Frauen-Garde.
Gr. Ausstattungs-Barleske mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die Wintersaison unsere renovierten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

Ostend-Carl-Weiss-Theater.

Gr. Frankfurtstr. 132.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten nach dem Französischen von Georg D'Arnet, deutsch von E. Ried.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugs-Billets haben Vorrang.
Sonntag: Die Witwenschaft. Der Weigenmacher von Cremona.
Ostend-Theater-Konzert-Garten: Gr. Sommerachtsfest.
Data Waldau. Max Grabow. Geschw. Petram, Puppen-Theater, Rudo Kröhl, The four Cromwells. The two Terras etc. Theater-Vorstellung. Konzert. Anfang 5 1/2 Uhr.
Passe-partouts haben Vorrang.

Reichshallen-Garten-Theater.

Beizigerstr. 77.
Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im grossen Theatersaal.
Nur noch bis 31. d. M.:
Berlin auf Stelzen!
Barbede mit Wilhelm Agoston und 20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab: Garten-Konzert.
Familien-Vorzugs-Karten gültig.
Avis! Sonnabend, den 3. September, Eröffnungs-Vorstellung in
Quarg's Theater
(Vaudeville und Spezialitäten)
Grand Hôtel Alexanderplatz.

Apollo-Theater.

Nur noch wenige Tage:
Bender-Steidl-Blum, Milani-Tornay-Goltz,
sowie das ausgezeichnete August-Programm.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, den 1. September 1898:
Eröffnung der Wintersaison.
Otto Reutter.
Jean Clermont. Mr. Taylor.
Consuela Tortajada.
Emelina Eihardo. Comtessa Ferucci.
Les Minstrels Parisienne.
Mlle. Nelsa. Ducreux-Giraldou.
Cordally u. Herleb. The Missouri.
Cardowales-Troupe. Marga Bizotto.

Der Kosmograf

mit neuer aktueller Bilder-Serie.
Anfang ab 1. September 7 1/2 Uhr.
Prater-Theater,
Sahnen-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Reinhardt'sches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Hugo Schulz. Musik von R. Herber.
Berg-Trio, kirchlich-gymnastisches Ballet.
The 3 Forloys, ästhetische Quadrille. Gehr. Milardo, Grottesque-Quadrille. Ely Viola, Kostümfest.
Mr. Ranella, Kaufmannsstück. Max Theo, Handequilibrist. Jan und Jim, Knackhant. Morleys, Fata Morgana.
Vallet, Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute Sonnabend, den 27. August:
Benefiz-Vorstellung für die Handtabelle.
Nur einmalige Aufführung:
Hôtel Klingebusch.
Vollständiges mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Knebel und Jacobson.
Vorher: Auftreten von Spezialitäten.
Ränker 1. Rang.
Im Saal: Gr. Sommerachtsball.
Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Ind.: H. Pierry.
Heute: Gr. Extra-Vorstellung
Anf. 6 Uhr. Ball. Entree 30 Pf.
Avis! ab: Beginn der Wintersaison.
Zum 1. Male:
Ihre Familie.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Georg Engels und Stinde.
Die Vorstellungen finden nur Dienstag, Donnerstag u. Sonntag statt.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute Sonnabend, den 27. August:
Benefiz-Vorstellung für die Handtabelle.
Nur einmalige Aufführung:
Hôtel Klingebusch.
Vollständiges mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Knebel und Jacobson.
Vorher: Auftreten von Spezialitäten.
Ränker 1. Rang.
Im Saal: Gr. Sommerachtsball.
Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Ind.: H. Pierry.
Heute: Gr. Extra-Vorstellung
Anf. 6 Uhr. Ball. Entree 30 Pf.
Avis! ab: Beginn der Wintersaison.
Zum 1. Male:
Ihre Familie.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Georg Engels und Stinde.
Die Vorstellungen finden nur Dienstag, Donnerstag u. Sonntag statt.

Volks-Theater im West-Restaurant

Dresdener-Strasse 97.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Auge.
Pöse mit Gesang v. E. Braune.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 20 Pfennig.
Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kallg.

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: Die Frauen-Garde.
Gr. Ausstattungs-Barleske mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die Wintersaison unsere renovierten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

II. Wahlkreis.

Sonntag, den 28. August 1898, in „Klingenberg's Volksgarten“ in Wilmersdorf, Berlinstr. 40:

Grosse Lassalle-Feier,

bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine Freiheit, Frohe Hoffnung, Frühlingslust und Gerechtigkeit (Dirigirt Herr Schlemontz).
Volks-Belustigungen aller Art.
— Fackel-Polonaise,
wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
Von 5 Uhr ab im Saale: TANZ.
(Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach) — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Billets sind in sämtlichen Zahlstellen des Wahlvereins und an der Kasse zu haben. 238/14

VI. Wahlkreis.

Sonnabend, den 27. August
findet die

Lassalle-Feier

in folgenden Lokalen statt:
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49,
Wedding-Park, Müllerstr. 178,
Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58,
Weimann's Volksgarten, Badstr. 56,
Schönhäuser Volksgarten (Mierke), Schönhäuser Allee 101.
Konzert, Gesangs- u. turnerische Aufführungen, Vorträge, lebende Bilder, Theater-Vorstellung, Kinder-Belustigungen, Feste.
Tanz (Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach).
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Um zahlreichem Besuch bitten Die Comitees.
Die Billets haben in allen Lokalen des VI. Kreises Gültigkeit. 220/2

Brauerei-Ausschank

der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Nebenlokal: Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bitte hochachtungsvoll.
Karl Mittag, Delonau.

Max Klem's Sommer-Theater,

Safenhaide 14/15. — Kräftlicher Vetter: Paul Milbitz.
Täglich:
Grosche Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen dreifürten Händen und Affen.
Alle, Ernst, Ahlelin, Miss Ophelia's dreifürte Kalabund.
Pepi und Pepino. The Picard's. Neu! Das Gänse-gretel, Bolschäki in 2 Bildern von G. Kneuer. — Neu! Wenn Frauen weinen, Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Max Klem.

Grosser Preis von Berlin 35000 Mk.

Rad-Rennbahn Halensee.

Sonnabend, den 27. August, nachm. 4 1/2 Uhr.
Sonntag, den 28. August, nachm. 4 Uhr.
Billets vorher bei Herrn O. Wenzel, Leipzigerstr. 112, und im Depeschensaal des „Berl. Lokal-Anzeiger“, Unter den Linden 3.

Einsegnungs-Anzüge

in Dien u. schwarz-Raumgarne u. Cheviot zu sehr billigen, aber schon Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Mass.

Pohlmann's Vaudeville-Theater

Schönhäuser Allee 148.
Berliner auf Kubä.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorh. 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lohmann.

Mähr's Theater

Cranienstr. 21.
Neu! Kuli als Kuli
Die Einführung nach Kantschon.
Grosche Ausstattungspolle.
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt.
Sond. haben Vorrang.

Dübahn-Park.

Am Kastriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im grossen Saale statt.
Neue neuerrichteten Kessale haben Vereinen zur Verfügung.
Von der Feile zurückgekehrt (29/30)
Dr. Böhm,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren.
Schützenstr. 63, L

Herr Hermann Steinfeldt.

Der Besorbene war ein humaner und liebevoller Arbeitgeber, welcher uns stets mit Rath und That in der bereitwilligsten Weise zur Seite stand. Ein dauerndes und ehrenvolles Andenken bleibt dem Verstorbenen unfer-seits gebührt. 611b
Berlin, 26. August 1898.
Die Comitee
der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verw. Gewerbe.

Herr Hermann Steinfeldt.

Am 25. d. M. verstarb plötzlich infolge Gehirnschlags unser langjähriger stellvertretender Vorsitzender
Herr Hermann Steinfeldt.
Der Besorbene war ein humaner und liebevoller Arbeitgeber, welcher uns stets mit Rath und That in der bereitwilligsten Weise zur Seite stand. Ein dauerndes und ehrenvolles Andenken bleibt dem Verstorbenen unfer-seits gebührt. 611b
Berlin, 26. August 1898.
Die Comitee
der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verw. Gewerbe.

Herr Hermann Steinfeldt.

Am 25. d. M. verstarb plötzlich infolge Gehirnschlags unser langjähriger stellvertretender Vorsitzender
Herr Hermann Steinfeldt.
Der Besorbene war ein humaner und liebevoller Arbeitgeber, welcher uns stets mit Rath und That in der bereitwilligsten Weise zur Seite stand. Ein dauerndes und ehrenvolles Andenken bleibt dem Verstorbenen unfer-seits gebührt. 611b
Berlin, 26. August 1898.
Die Comitee
der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verw. Gewerbe.

Öffentliche

Generalversammlung
der
Örtlichen Sozialdemokraten.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Kollektives Leben und Wirken“.
2. Berichterstattung des Vertrauensmannes.
3. Neuwahl eines Vertrauensmannes.
4. Wahl eines Delegierten zur Brandenb. Konferenz.
5. Verschiedenes.
Um zahlreichem Besuch bitten
Der Einberufer.

Anherordentliche

Generalversammlung
der
Örtlichen Sozialdemokraten.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Kollektives Leben und Wirken“.
2. Berichterstattung des Vertrauensmannes.
3. Neuwahl eines Vertrauensmannes.
4. Wahl eines Delegierten zur Brandenb. Konferenz.
5. Verschiedenes.
Um zahlreichem Besuch bitten
Der Einberufer.

Generalversammlung.

1. Antwort des Inf. Volksvertreterbüros auf das Protokoll der letzten Generalversammlung.
2. Beratung und Beschlußfassung über die Anträge zum Statut.
Der Vorstand.
6025

Arten- u. Sterbefälle Nr. 55

Montag, den 5. September, abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Linienstr. 5:
Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Antwort des Inf. Volksvertreterbüros auf das Protokoll der letzten Generalversammlung.
2. Beratung und Beschlußfassung über die Anträge zum Statut.
Der Vorstand.
6025

Quittungsmarken u. Kautschukstempel

lieft seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine
Jean Holze, Hamburg
Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozial. Bilder.
Illust. Preislisten gratis u. franco.
Sobald erschienen das neue Fraktionsbild d. soz.-dem. Part. 1898.

Erwidernng.

Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie aus dem Gesangsverein „Eintracht“ geschieden sind, ohne sich abzuscheiden. Wir haben keine rechtliche Verbindungen dem Verein gegenüber zu erfüllen. Wenn nun der Verein diesbezüglich die Öffentlichkeit in Anspruch nimmt, warum nicht er dann zu dem feineren im „Vorwärts“ gekennzeichneten Betragen seines früheren Vorsitzenden Müller nicht ebenfalls öffentlich Stellung?
Otto Wenzel, August Anglin,
Wienstr. 15, Kantstr. 10a.